

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Für Wien brauchst a G'spür!

Die anstehende Richtungsentscheidung in Wien beschäftigt auch die vorliegende Ausgabe des „Sozialdemokratischen Kämpfers“. So zeigt Gerald Netzl in seinem Artikel auf, warum es gilt, deutliche sozialdemokratische Mehrheiten zu erreichen. Auf den folgenden Seiten kommen auch VertreterInnen der Wiener Stadtregerung zu Wort.

Mit der Parole „Für Wien brauchst a G'spür!“ führt die Wiener SPÖ den Wahlkampf um das Rathaus. Mit den vielen Genossinnen und Genossen, welche die Bedeutung dieser Wahl in unzähligen Gesprächen und Versammlungen an die zur Wahl Gerufenen weitergeben, wird am Abend des 11. Oktober ein Ergebnis erwartet, das die Bilanz der sozialdemokratischen Politik in der rot-grünen Koalition in Wien widerspiegelt. Als Garant für den Wiener Weg steht seit 1994 an der Spitze der Stadt und der Landespartei Michael Häupl.

Der Bürgermeister und sein Team nehmen die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung ernst. So wurde in der Wirtschaftskrise die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum ersten Ziel. Und der Wohnhausneubau, ein Bereich, den die Partei des Roten Wien seit ihrer Übernahme der Verantwortung für diese Stadt und ihre Menschen seit Jahrzehnten voranstellt, ist eine Hauptaufgabe geblieben. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel kennt keinen Stillstand. Nicht zu übersehen: die Gesundheitsvorsorge und die Mindestsicherung, das Eintreten für Bildung als Chance für alle und für die Kultur, in deren Rahmen Häupl durch massive Förderung der Forschung neue Schwerpunkte setzen will. Ein

Wahlkampf kann sich nicht mit einer stolzen Bilanz genügen. Michael Häupl ist ein Politiker, der Visionen hat, die bereits tatkräftig angegangen werden. Eine ganz wichtige davon ist das friedliche Zusammenleben von Alteingesessenen und Zugewanderten.



„Mit dem besten Team für Wien“ kämpft Michael Häupl um eine klare Fortschreibung der sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte in Wien

Wiens SozialdemokratInnen entlarven jene, die mit fremdenfeindlicher Hetze Zulauf finden wollen. Einem Strache, der sich zu der Behauptung verstieg, die Wiener SPÖ sei eine „Islamistenpartei“, hat Häupl schon die gebührende Antwort gegeben.

In jüngster Vergangenheit waren es Straches Entgleisungen gegen junge Flüchtlinge, die dieser pauschal unter Terror- und Extremismusverdacht stellte. Landespartei sekretär Georg Niedermühlbichler kritisierte scharf:

„Die jüngsten Äußerungen gliedern sich ein in eine beispiellose Hetzkampagne – mit dem Ziel, die Gesellschaft zu spalten und daraus politisches Kleingeld zu schlagen.“ Am 22. Juni präsentierte die Landespartei auf einer MitarbeiterInnenkonferenz, von manchen Medien zu einer „Geheimkonferenz“ hochstilisiert, das „Blaubuch FPÖ“. Dort sind deren größte Pleiten und Pannen nachzulesen. Die FPÖ war nie und ist nicht die Partei des „kleinen Mannes und der klei-

magie und Wahrheitsverdrehungen, gegen Hetze und Entmenschlichung der Politik! Und wir werden gewinnen!“

Am 27. August fand im Museumsquartier eine gut besuchte MitarbeiterInnen-Konferenz der SPÖ Wien statt. Überschattet war sie von der an diesem Tag stattgefundenen Katastrophe, den 71 toten Flüchtlingen in einem LKW auf der A4. Georg Niedermühlbichler und Michael Häupl sparten nicht an Kritik an der FPÖ, deren Haltung und Positionen gerade in der Flüchtlingsfrage unerträglich sind. Bei beiden Reden war der Applaus am stärksten, als betont wurde, dass es mit dieser FPÖ in Wien keine Koalition geben kann.

Beim Wahlauftakt der Wiener SPÖ am 10. September bekräftigte Häupl: „Es gibt derzeit ein Thema, das alle beherrscht, das wichtiger ist als ein Wahlkampf: Menschen, die um ihr Leben laufen und verfolgt werden, müssen menschenwürdig aufgenommen werden. Für uns als Sozialdemokratinnen

und Sozialdemokraten ist es keine Frage, dass wir uns an unseren Grundwerten orientieren, an Humanität, an Haltung und Charakter. All das gebietet uns, Familien, Frauen und Kinder nicht ins Elend und in den Krieg zurückzuschicken. Am 11. Oktober kann man diese Haltung und diesen Charakter wählen oder Opportunismus und Hass.“

Unser Ziel muss daher ein Wahlergebnis sein, das ein Regieren gegen die Sozialdemokratie in Wien nicht zulässt! ■

Antifaschismus als Lebensaufgabe!

Michael Ludwig, Wohnbaustadtrat und stellvertretender Landesparteivorsitzender, macht in seinem Beitrag klar, wie wichtig gelebter Antifaschismus für seine Aufgaben ist.

Niemals vergessen. Nie wieder Krieg!“ begleitet mich als Leitsatz seit Anbeginn meines volksbildnerischen und politischen Engagements. Ob als sozialdemokratischer Bildungsfunktionär oder bei den Wiener Volkshochschulen – der Hinweis auf Menschen, die mit ihrem Leben für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit gekämpft haben, hat und wird für mich stets eine wesentliche Rolle spielen. So war es mir auch mit Übernahme der Regierungsfunktion als Wiener

Wohnbaustadtrat ein wichtiges persönliches Anliegen, Antifaschismus in meine Arbeit einfließen zu lassen.

Sichtbares Zeichen dafür sind die Namen von Wiener Wohnhausanlagen. Mit der Benennung der Wohnhausanlage Simmeringer Hauptstraße 142–150 in „Rosa-Jochmann-Hof“ habe ich beispielsweise 2013 eine bis zu ihrem Tod im Jahre 1994 unermüdete Kämpferin gegen Faschismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ehren

dürfen, die mich zu ihren Lebzeiten wie viele andere junge Menschen geprägt hat.

Darüber hinaus war mir die Unterstützung eines Lehrlingsprojekts im Leopoldstädter Robert-Uhlir-Hof ein echtes Herzensanlie-

gen. Die jungen MitarbeiterInnen der Firma Siemens setzten dort zur Erinnerung an die Freiheitskämpferin Leopoldine Padarek sowie an die Freiheitskämpfer Franz Sebek und Ferdinand Platzer eine Initiative und gestalteten eine Gedenktafel als Zeichen der tiefen Wertschätzung.

Dass ich anlässlich der Anbringung einer Erinnerungstafel in den nunmehrigen Ernst-Nedwed-Wohnhöfen im Juni 2015 eine Rede in Erinnerung an den großen Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Freund halten konnte, hat mir auch persönlich sehr viel bedeutet.

Großen Wert lege ich auf die fachmännische Instandhaltung all dieser sichtbaren Mahnmale. Beispielsweise renovierten wir unlängst die historisch bedeutsame Gedenktafel im Floridsdorfer Schlingerhof, einem Schauplatz der brutalen Februarkämpfe 1934, zur Erinnerung an die Opfer des republikanischen Schutzbundes.

Aufarbeitung der Geschichte besteht aber auch darin, Fixes, Bestehendes, fast Selbstverständliches zu hinterfragen – wie so manches Kunstwerk im Gemeindebau. So war der Maler Rudolf

H. Eisenmenger, Schöpfer der beiden Sgraffiti am Floridsdorfer Gemeindebau Justgasse 6–14, ein vom Nazi-Regime geförderter Künstler. Mit der Anbringung einer Erklärungstafel haben wir über seinen Hintergrund informiert, gleichzeitig einen weiteren Anstoß zur allgemeinen Auseinandersetzung mit dem Thema „Kunst und Diktatur“ gegeben.

Es sind dies alles ausgewählte Projekte, die sich aktiv und kritisch mit unserer Geschichte auseinandersetzen und einen Beitrag dazu leisten, dass die Erinnerungen an die Vergangenheit nicht erlöschen, sondern wach bleiben. Sie bilden damit auch heute ein Fundament für das Miteinander und das Zusammenleben in unserer Stadt.

Die Auseinandersetzungen mit der NS-Zeit, der Grausamkeit dieses Regimes, auch mit den AnhängerInnen dieser menschenverachtenden Ideologie sind nach wie vor von aktueller Bedeutung. Gerade in einer Zeit, die von Unsicherheiten geprägt ist, gilt es besonders wachsam zu sein. Rechtsextremen Tendenzen muss sofort entgegengetreten werden! Niemals vergessen. Nie wieder Krieg! ■



Bildung verbindet: Michael Ludwig gemeinsam mit dem leider schon verstorbenen Ernst Nedwed und Ernst Woller

Ernst-Nedwed-Wohnhöfe

Am 24. Juni 2015 wurde die Wohnhausanlage in Wien 15, Gablenzgasse 95–99, nach unserem 2013 verstorbenen Ernst Nedwed benannt. Diese Benennung ist ein sichtbares Zeichen der Wertschätzung des Bildungspolitikers und engagierten Antifaschisten Ernst Nedwed. Seinem Credo „Alle müssen gleiche Chancen erhalten“ folgend, galt Ernst Nedweds unermüdeter Einsatz der Bildungs- und Kulturpolitik. Ab 1985 war er Vorsitzender der Landesgruppe Wien unseres Bundes, 2007 wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Ein Herzensanliegen war ihm seine Arbeit für die „Österreichische Aktion für 0,0 Promille“, die heutige „Aktion gegen Alkohol-

und Suchtgefahren“. Inspiration war ihm dabei die Tradition des 1905 gegründeten Arbeiter-Abstinenzbundes („Ein denkender Arbeiter trinkt nicht, ein trinkender Arbeiter denkt nicht.“).

Wohnbaustadtrat Michael Ludwig und Bezirksvorsteher Gerhard Zatlöckl nahmen die offizielle Namensgebung vor. Sie würdigten Ernst Nedwed „als ein herausragendes Vorbild im Kampf gegen Faschismus und für die Opfer des NS-Regimes. Ihm war stets wichtig, nicht die Asche zu bewahren, sondern das Feuer und die Flamme antifaschistischer Arbeit weiterzutragen und dabei auch der Jugend Raum zu geben.“ ■



V. l. n. r.: Harry Kopietz, Erster Präsident des Wiener Landtages, Wohnbaustadtrat Michael Ludwig, Erika Nedwed, Ernst Nedweds Witwe, Andrea Schnattinger, Tochter von Ernst Nedwed, und Bezirksvorsteher Gerhard Zatlöckl

Wien: Keine Zukunft ohne Erinnern!

Kulturstadtrat und BSA-Präsident Andreas Mailath-Pokorny widmet sich in seinem Beitrag für den „Sozialdemokratischen Kämpfer“ der Wiener Gedenk- und Erinnerungsarbeit.

Erinnerungskultur ist ein unverzichtbares Arbeiten an der Zukunft. Eine Bemühung, die wir heute leisten, damit nachfolgende Generationen das Vergangene nie wieder durchleben müssen. Erinnern zählt somit zu den wertvollsten Gütern unserer Gesellschaft – gleichzeitig zählt es aber auch zu den knappsten Gütern in einer Welt, wo es immer schwerer wird, Aufmerksamkeit zu erregen. Umso mehr legt die Stadt Wien seit Jahrzehnten großen Wert darauf – gemeinsam mit Vereinen und NGOs – ihre Geschichte im kollektiven Gedächtnis zu verankern. Vor allem aus Verantwortung für unsere Kinder heraus, eine Pflicht. Zentrale Gedächtnisorte in Wien wie das Holocaust-Mahnmal, das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus und das jüngst eröffnete Deserteursdenkmal wurden von der Stadt Wien errichtet und zeigen, dass sie seit Jahren einen konsequenten Weg im Bereich der Gedächtniskultur verfolgt.

All diese Initiativen, Mahnmäler, der Umgang mit Straßennamen sind jedoch nicht nur stille Hinweise auf die Vergangenheit, sondern lebendige Ausgangspunkte für Geschichtsvermittlung – von denen jüngst viele neu hinzugekommen sind: Durch den Straßennamenbericht ist Wien die erste Metropole weltweit, die sich ihren Straßennamen wissenschaftlich gestellt hat. Analog dazu wurden Wiens Ehrengräber gescreent – durch den Bericht entstand die neue Kategorie der „Historischen Gräber“ für umstrittene Persönlichkeiten, deren historische Rolle dennoch unvergessen bleiben soll. Das Fest der Freude am 8. Mai ist Zeichen eines offenen Europas und verbindet Wiens Kultur mit seinem historischen Erbe. Auch die diesjährigen

Wiener Festwochen luden in der eigenen Programmschiene „Into the City“ zur Auseinandersetzung mit dem blinden Fleck des „Hotel Metropole“ am Morzinplatz ein. Ebenso laden zahlreiche Projekte der KÖR (Kunst im öffentlichen Raum) wie „Aspern Affairs“ an der U2-Station Aspern, der Turnertempel oder die Schlüssel der Erinnerung im Servitenviertel zur Reflexion ein. Dieser Umgang Wiens mit der Vergangenheit wird auch international wahrgenommen –



Modernes Erinnern: Andreas Mailath-Pokorny mit Designerin Cora Akdogan, die die neuen „Wienkl“ design hat. Der Text findet sich auf Englisch, Deutsch und in Blindenschrift.

ein Ruf, der durch das derzeit in Umbau befindliche Wiesenthal-Institut gefestigt wird, das Wien weltweit zu einem der führenden Holocaust-Forschungszentren macht. Auch im Internet wurden mit Plattformen wie dem Wien Geschichte Wiki, dem Blog zum Ersten Weltkrieg oder durch das Online-Angebot der Wienbibliothek wichtige Quellen im Netz verfügbar gemacht. Viele dieser Bemühungen wären ohne engagierte Wiener BürgerInnen, Vereine, NGOs und die Zivilgesellschaft nicht umsetzbar. Nur gemeinsam ist es möglich, aus der Vergangenheit zu lernen – und dabei bleibt auch weiterhin noch viel zu tun! Künftig soll ein permanentes Mahnmal (dem bisher jährlich wechselnde temporäre Vorausgängen) an die homosexuellen und transgender Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Auch ein Denkmal für die Opfer der politischen Justiz 1933–1938, die Freiheitskämpfer des Februar 1934 soll errichtet werden. Geplant ist weiters ein Mahnmal am Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Aspang in Erinnerung an die deportierten Wiener Jüdinnen und Juden, von denen die meisten ins weissrusische Maly Trostinec verbracht wurden – ein bis heute im kollektiven Gedächtnis wenig bekannter Ort. Herausforderung

„Erinnern für die Zukunft“

Die österreichische Hauptstadt war seit jeher ein Ort, wo sich Weltgeschichte ereignet hat. Die Kulturabteilung (MA 7) beschäftigt sich damit, die Vergangenheit wachzuhalten und durch Zusatztafeln oder Kunstwerke erklärend zu ergänzen. Nun sind einige wichtige davon in einer Broschüre zusammengefasst. „Erinnern für die Zukunft“ bietet einen Überblick über Wiens Zukunftsarbeit und ist unter www.mailath.at kostenlos bestellbar oder in der Stadtinformation im Rathaus verfügbar.

für die Zukunft bleibt weiters die Frage, wie unsere Mahnmäler, Steine der Erinnerung und Initiativen aktiv vermittelt werden können. Das in Kooperation mit dem Mauthausen Komitee 2015 gestartete Vermittlungsprojekt „denk mal Wien“ stellt sich dieser. Ebenso gilt es, MigrantInnen verstärkt zu sensibilisieren, die oft nicht so viel Bezug zur Geschichte Österreichs haben. Als ÖsterreicherInnen sollten jedoch auch sie die Geschichte ihrer Heimat kennen. Es bleibt also viel zu tun: Erinnern ist aktueller denn je! ■

Blaubuch FPÖ

Die FPÖ stellt sich gerne als „Partei des kleinen Mannes“ dar – für Frauen hat sie ohnehin weniger übrig. Misst man sie allerdings an ihren Taten und am konkreten Stimmverhalten im Parlament, ergibt sich ein ganz anderes Bild: nämlich das Bild einer Partei, der die Interessen der Banken, der Millionäre und der Woh-

nungsmakler wichtiger sind als alles andere. Wäre die FPÖ in der Regierung, gäbe es keine Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, keinen Ausbau des Pflegefonds und keinen Beitrag der Banken zur Krisenrettung. All das und noch viele weitere Fakten zur FPÖ hat die SPÖ Wien im „Blaubuch FPÖ“ zusammengetragen. ■



„Das Blaubuch“ kann telefonisch unter 01/535 35 35 bestellt werden und steht unter wien.spoe.at/sites/default/files/Das-Blaubuch.pdf jederzeit zum Download bereit

Kein Platz für rechte Hetze

Sandra Frauenberger, Stadträtin für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal, beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Vielfalt und dem Zusammenleben in Wien.

Als Politikerin mit klarer weltoffener Haltung bin ich zutiefst davon überzeugt, dass gleiche Rechte und Chancengerechtigkeit nicht nur ein Lippenbekenntnis sind, sondern gelebte Realität sein müssen. Es braucht eine klare Haltung, die auf Solidarität, Menschlichkeit und Zusammenhalt setzt. Soziale Gerechtigkeit, solidarisches Miteinander und die gemeinsame Zukunft sind Ziel sozialdemokratischer Politik. Teil dieser klaren Haltung ist auch der ausdrückliche Widerstand gegen jede Form von Rassismus und Faschismus. Es ist unsere Pflicht, aus der Vergangenheit zu lernen und gegen jede Form der Diskriminierung aufzutreten. Gedenken spielt dabei eine wichtige Rolle.

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Wir stehen für ein friedliches Zusammenleben und gestalten es mit kühlem Kopf und ohne Hetze. Es gilt das Positive in den Vordergrund zu stellen und FÜR unser Wien zu arbeiten, nicht gegen die Menschen, wie das einzelne politische MitbewerberInnen tun.

Mit unseren Maßnahmen führen wir diese Stadt sicher in die Zukunft und gestalten Wien sozial, modern und innovativ. Wir sagen JA zur Zukunft dieser Stadt und werden den Weg des Miteinanders konsequent weitergehen.

Wien ist eine Stadt der Vielfalt. Sie ist Teil dieser Stadt und hat in der Vergangenheit entscheidend

zum Erfolg Wiens beigetragen. Das Potenzial und die Chancen, die daraus entstehen, wollen wir nutzen und Wien als Weltstadt weiterhin auf Erfolgskurs halten. Denn Vielfalt bereichert das Zusammenleben. Das gilt nicht zum Beispiel für die Mehrsprachigkeit, die wir aktiv fördern. In einer globalisierten Welt ist

Mehrsprachigkeit eine Chance für die Stadt und eine Chance für uns alle.

Gleichzeitig gilt es, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Kern unserer Politik sind die Wienerinnen und Wiener, ihre Lebenssituation und ihre Zukunft. Als SozialdemokratInnen gestalten wir das Zusammenleben und eröffnen Perspektiven – gemeinsam. Dabei lassen wir von nichts und niemandem einen Keil in unsere Gesellschaft treiben. Wir stellen uns gegen all jene, die hetzen und die Gesellschaft spalten. Denn Wien ist Menschenrechtsstadt, für rechte Hetze ist hier kein Platz.

Im Oktober wird die Zukunft unserer Stadt entschieden. Zusammen können wir erreichen, dass in den nächsten fünf Jahren Wien nicht nur die lebenswerteste Stadt, sondern auch die sozialste Stadt der Welt bleibt. ■



Kromus/FPD

Sandra Frauenberger arbeitet an zukunftsweisenden Initiativen für Frauen-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik

Stein der Erinnerung für Käthe Leichter

Die AbsolventInnen der Wiener Parteischule „Käthe Leichter“, die Freiheitskämpfer/innen Liesing, die Wiener SPÖ-Bildung und die SPÖ Liesing luden zur Gedenksteinverlegung für Käthe Leichter.

Franz Leichter, ehemaliger State Senator vom Bundesstaat New York und letzter noch lebender Sohn von Käthe Leichter, hat die Wiener Bildung 2014 mit seinem Besuch geehrt. Dabei ist er auch mit den Freiheitskämpfer/innen ein Stück des Weges am 1. November auf dem Zentralfriedhof mitgegangen und hat eine Botschaft der Erinnerung überbracht. Eine Botschaft, die vielen in Erinnerung blieb. In Erinnerung soll aber auch das Leben Käthe Leichters bleiben – die so viel Wichtiges für die Sozialdemokratie erreicht hat und deren Geburtstag sich am 20. August zum 120. Mal jährte. Dieser Absicht wurde

durch die Freiheitskämpfer/innen und die SPÖ Liesing gemeinsam mit den Absolventinnen und Absolventen des 35. Lehrgangs der Wiener Parteischule „Käthe Leichter“ in Form der Verlegung zweier Steine der Erinnerung Rechnung getragen.

Kira Höfenstock von den Liesinger Freiheitskämpfer/innen, die zu dieser „Kämpfer“-Ausgabe ebenfalls einen Artikel beisteuerte (siehe Seite 5), moderierte die Veranstaltung. Doris Bures würdigte in ihrer Rede das Leben und Wirken von Gen. Leichter. Von Franz Leichter wurde eine Grußbotschaft verlesen. Im Anschluss an die Gedenksteinverlegung fand im ehem. Maurer Rathaus in

der Speisinger Straße eine Präsentation über Käthe Leichter statt.

Käthe Leichter, am 30. Mai 1938: „Wir wissen, wo Sie sind. Kommen Sie sofort her, sonst werden Sie Ihre Mutter nie wieder sehen.“ Die Gestapoagenten, die der Mutter Käthe Leichters den Telefonhörer aus der Hand gerissen hatten, setzten auf das Verantwortungsgefühl der Tochter. Und Käthe kam, auch weil sie nicht glauben wollte, dass ihr das Hitlerregime in Österreich tatsächlich nach dem Leben trachten würde.



Der Stein der Erinnerung für Käthe Leichter findet sich in der Rosenhügelstraße 245 im 23. Bezirk

Sie sollte sich täuschen. Nach langen Wiener Gefängnismonaten und einer Farce von Gerichtsverfahren überstellte man die Unbequeme, Unbeugsame 1940 ins Konzentrationslager Ravensbrück, wo sie unter brutalsten Umständen Sklavenarbeit leisten musste. Aufgrund ihrer jüdischen Herkunft wurde sie 1942 in der psychiatrischen Anstalt Bernburg an der Saale vergast, Opfer des NS-Euthanasieprojekts 14f13. Das Leben einer großartigen Frau erlosch. Doch was blieb, das waren die zahlreichen Schriften, die sie vor allem als Gründerin und erste Leiterin des Frauenreferats der Arbeiterkammer Wien verfasst hatte sowie ihr in zahlreichen Vorträgen verbreitetes Gedankengut, als eine der Vorkämpferinnen der sozialistischen Frauenrechtsbewegung, das reiche Fruchte getragen hat. ■

Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft

Erfreulicherweise übernehmen immer mehr junge Genossinnen und Genossen verantwortungsvolle Funktionen in unserem Bund. Der „Kämpfer“ bat Genossin Höfenstock um einen persönlichen Beitrag.

Es war für mich eine besondere Ehre, als ich das Vertrauen der Liesinger Freiheitskämpfer/innen bekam und mit den Aufgaben betraut wurde, die eine Bezirksvorsitzende innehat.

Mein politisches Engagement begann in der Sozialistischen Jugend Wien. Ich wurde gefragt, ob es denn kein Widerspruch sei, mein Engagement von einer Jugendorganisation zu der Organisation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen zu verlagern? Doch es war die Sozialistische Jugend, die mich unsere Grundsätze lehrte. Grundsätze wie Freiheit, Gerechtigkeit bzw. Solidarität, aber auch der Kampf gegen jegliche Formen von Faschismus und Diskriminierung sind Grundlage dieses Kampfgeistes. Es sind jene Grundsätze, mit denen ich auch bei den Freiheitskämpfer/innen konfrontiert wurde. Das hat mir von Anfang an gezeigt, dass ich dort richtig bin und ich meine Wünsche, die Ge-

sellschaft zu verändern, mit anderen GenossInnen teilen kann.

Es erfreut mich immer besonders, wenn ich älteren GenossInnen auf Veranstaltungen der Sozialistischen Jugend begegne und ich deren Motivation spüre, mit der sie politische Botschaften in die Gesellschaft hinausbringen. Sei das der aktive Protest gegen eine ausgrenzende

Politik, die von manchen Parteien heute wieder salonfähig gemacht wird, aber auch der gegenseitige Austausch über das bereits Erlebte, von dem vor allem wir jungen GenossInnen enorme Kraft schöpfen können. Nichts hat mich und mein politisches Engagement mehr geprägt als die Erzählungen der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, deren Mut meine Freiheit begründete. Es sind Menschen, die den Begriff der Internationalen Solidarität mit Leben erfüllen und deren

Geschichten bzw. Erlebnisse wir gerade in der heutigen politischen Auseinandersetzung mehr denn je brauchen. Leider sind wir heutzutage keineswegs vor ungerechten Entscheidungen oder brutalen Auseinandersetzungen gefeit: Meine Generation braucht die Erzählungen dieser KämpferInnen, sodass wir deren Mut weitertragen können. Gerade jetzt erleben wir wieder einen Rechtsruck – und das sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene. Aber es ist die sozialdemokratische Bewegung, die aus solch einer Krisensituation die Kraft und Stärke nehmen kann, um für eine offenere Gesellschaft zu kämpfen.

In guter, freundschaftlicher und respektvoller Zusammenarbeit, über die Unterschiede des Lebensalters hinweg, kämpfen wir gemeinsam für diese Grundsätze und geben der zukünftigen Generation ein Versprechen: Niemals vergessen! Nie wieder Faschismus! Denn es liegt an uns allen, das, was bereits erkämpft wurde, täglich aufs Neue zu verteidigen und unsere Träume, die von einer besseren und gerechteren Gesellschaft erzählen, wahr werden zu lassen. **Kira Höfenstock** ■



Kira-Raffaela Höfenstock mit ihren Vorgängern Eduard Giffinger (l.) und Gerald Netzl (r.). Im Jänner 2015 wurde die 26-Jährige zur Vorsitzenden der Bezirksgruppe Liesing gewählt. Davor war sie bereits zehn Jahre im Vorstand.

Wir gratulieren: Juli bis September 2015

96. Geburtstag: Gertrude Scholz, Graz; Karl Leidenfrost, Kritzensdorf; Emma Sassik, Heinrich Zabinsky, Wien; Franz Heidmeier, Wolkersdorf. **95. Geburtstag:** Heinrich Salfenauer, Salzburg; Franz Weiss, Steyr; Horst Klammerth, Josef Zlesak, Wien. **94. Geburtstag:** Angela Haslinger, Elsa Zillinger, Linz; Leopoldine Kredba, Hildegard Wondratsch, Wien. **93. Geburtstag:** Rosa Berger, Salzburg; Johann Kaplan, Walther Kölnberger, Wien. **92. Geburtstag:** Elfrieda Quast, Gmünd; Bibiane Höfer, Ratten; Frieda Bergmann, Franz Mödtagl, Annemarie Reiss, Wien; Margarete Janecek, Wr. Neustadt; Wilhelm Kronewitter, Zell am See. **91. Geburtstag:** Erika Krenn, Theresia Rotpart, Gertrude Scharinger, Anna Spevak, Wien. **90. Geburtstag:** Franz Ehmman, Ansfelden; Heinz Mang, Graz; Erich Weiss, Neufeld/Leitha; Willibald Kalwoda, Schlierbach; Leopold Speer, Schwarzenbach/Pielach; Franz Rathmanner, Wilhelmine Schmidt, Wien. **85. Geburtstag:** Stephanie Traxler, Grünbach; Stefanie Reichenpfader, Linz; Peter Soucek, Retz; Ingeborg Kollonitsch, St. Pölten; Karl Anibas, Melitta Welzl, Wien. **80. Geburtstag:** Karl Drochter, Ebergassing; Gerhard Hausenblas, Klagenfurt; Ernst Achatz, Arne Haselbach, Wien. **75. Geburtstag:** Johann Janda, Korneuburg; Elfriede Kalod, Linz; Erich Dirngrabner, Molln; Josef Thiess, Neutal; Johann Helmreich, St. Pölten; Eva Dusek, Schwechat; Franz Apeltauer, Solle nau; Elfriede Krismanich, Unterpullendorf; Christa Bammer, Johann Duma, Gerhard Göbl, Heinz Gutleb, Herbert Hezucky, Rosa Köllner, Rudolf Kropf, Hans Mallin, Helga Pelz, Rosemarie Proksch, Siegfried Sellitsch, Karl Tambornino, Sabine Trautenberger, Erika Wanka, Peter Winter, Hannes Zima, Helmut Zimmer, Wien.



Briefwechsel mit Hans Niessl

In seiner Sitzung am 10. Juni hat sich unser Bundesvorstand klar gegen die SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland ausgesprochen und ein Ausschlussverfahren gegen LH Hans Niessl eingeleitet. „Der Sozialdemokratische Kämpfer“ berichtete. Nun liegt die Stellungnahme von Hans Niessl vor, in der Gen. Niessl mittels Austritt dem Ausschlussverfahren zuvorkommt. Beide Briefe stellen wir an dieser Stelle in voller Länge zur Verfügung.

Juni 2015: Brief an Niessl

Sehr geehrter Genosse Niessl,

Der Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen hat in seiner letzten Sitzung am 10. Juni 2015 den Beschluss erneuert, sich gegen eine Zusammenarbeit der SPÖ mit der FPÖ auf allen politischen Ebenen und somit auch im Burgenland auszusprechen.

Der Unmut wurde in einer Resolution kundgetan und durch eine Aussendung der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Es gab auch den Antrag, Dich vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen auszuschließen. Da wir als demokra-

tische Organisation die Regeln der Fairness einhalten, werden wir ein Schiedsgericht einberufen, das über diesen Ausschlussantrag beraten wird.

Die Landesorganisation Burgenland hat mit 15.6.2015 gegen diesen Beschluss Einspruch erhoben.

Für den Bund Soz. Freiheitskämpfer/innen gibt es in puncto Zusammenarbeit mit der FPÖ keinerlei Kompromisse. Im Sinne von Rosa Jochmann, Josef Hindels, Fini Muhr und Manfred Ackermann müssen wir gegen jede Annäherung an diese ausländerverfeindliche, rassistische Partei, die nach wie vor eine Scharnierfunktion für Rechts-

extreme besitzt, kämpfen. Wir erinnern uns an das Lichtermeer 1993 und die Demonstrationen im Jahr 2000, wo alle demokratischen Kräfte gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung demonstriert haben, auch wir Freiheitskämpfer/innen und natürlich auch die gesamte SPÖ.

Wir stehen in der Verantwortung von Otto Bauer, Karl Seitz, Käthe Leichter, Robert Danneberg und vielen mehr, die im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus aus Österreich vertrieben und ermordet wurden. Diese Menschen und viele andere, die ihr Leben für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben, werden tagtäglich

durch die rassistische Hetzpolitik der Blauen verhöhnt. Das ist inakzeptabel.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die verlorenen Wähler und Wählerinnen durch eine klare sozialdemokratische bzw. sozialistische Politik zurückzugewinnen. Ich ersuche Dich daher, Deine Vorgangsweise im Burgenland noch einmal zu überdenken und die Zusammenarbeit mit der FPÖ so schnell wie möglich zu beenden.

Mit freundschaftlichen Grüßen,

Prof. Johannes Schwantner
Bundesvorsitzender

Juli 2015: Niessl tritt aus

Sehr geehrter Genosse Schwantner!

Ich bedanke mich für den Brief des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen vom 29. Juni 2015. Bevor ich zu einer persönlichen Bewertung Eures Vorhabens mich auszuschließen komme, würde ich gerne meinen Standpunkt zur aktuellen Entwicklung kundtun. Besonders nachdenklich bin ich aufgrund folgenden Absatzes deines Briefes geworden. „Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die verlorenen Wähler und Wählerinnen durch eine klare sozialdemokratische

bzw. sozialistische Politik zurückzugewinnen. Ich ersuche Dich daher, Deine Vorgangsweise im Burgenland noch einmal zu überdenken und die Zusammenarbeit mit der FPÖ so schnell wie möglich zu beenden.“

Ja, es ist unsere gemeinsame Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Sozialdemokratie in Österreich und in weiterer Folge in Europa wieder für mehr Menschen als wählbar eingestuft wird. Mittlerweile ist, das zeigen klare Wahl- bzw. Wähleranalysen, die Situation eingetreten, dass viele ehemalige sozialde-

mokratische Wählerinnen und Wähler nicht mehr zur Wahl gehen oder einer anderen Partei das Vertrauen schenken. Einige Analysten und politische Beobachter gehen sogar noch einen Schritt weiter und gehen davon aus, dass die Protestwähler von heute in Zukunft sogar zu Stammwählern von anderen Parteien werden. Von welcher Partei ich hier spreche, dürfte klar sein.

Jetzt kann man natürlich der unverrückbaren Meinung sein, dass sich die Sozialdemokratie ausschließlich den Idealen des 19. und 20. Jahrhunderts unter-

werfen sollte, egal welche Konsequenzen daraus in der realpolitischen und gesellschaftlichen Situation entstehen. Es gibt aber auch eine andere Seite, die von einigen in der SPÖ nicht gesehen wird. Nämlich viele sozialdemokratisch denkende Menschen und sozialdemokratische Funktionäre sind der Meinung, dass es die primäre Aufgabe der Politik ist zu gestalten. Ein Gestalten im politischen Sinne ist aber nur dann möglich, wenn man eine parlamentarische Mehrheit zu seinen Gunsten aufweisen kann. Der Auffassung zu sein, dass man niemals und unter keinen Um-

ständen mit einer demokratisch gewählten und somit vom Volk legitimierten Partei, in diesem Fall der FPÖ, zusammenarbeiten könne bzw. dürfe, halte ich für einen zu überdenkenden Ansatz.

Als überzeugter Sozialdemokrat bekenne ich mich natürlich und ohne Zweifel zu den Werten von Otto Bauer, Karl Seitz, Käthe Leichter, Robert Danneberg und vielen mehr, wie du es in deinem Brief treffend angeführt hast. Rechtsextremismus, rassistische Hetzpolitik und auch jegliche Form von Fremdenfeind-

stützung der FPÖ in Form einer Minderheitsregierung. Kreisky posthum zu unterstellen, er hätte dadurch unser Drei-Pfeile-Symbol gegen Faschismus, Kapitalismus und Reaktion verbogen, halte ich gelinde gesagt für nicht angebracht. Auch der erste sozialdemokratische Landeshauptmann des Burgenlandes, Hans Bögl, wurde im Jahre 1964 und 2 Jahre später, 1966, auch Theodor Kery mit den Stimmen der Freiheitlichen zum Landeshauptmann gewählt.

Die Zusammenarbeit der SPÖ Burgenland mit allen im Land-

Ausgrenzens“ war, dass die SPÖ Burgenland im Jahre 2005 die absolute Mehrheit mit über 52% der Stimmen erreichen konnte.

Zudem hat die SPÖ Burgenland im Vorfeld der Landtagswahl eine Befragung unter allen ca. 30.000 Parteimitgliedern durchgeführt. Über 16.000 Parteimitglieder haben schließlich aktiv an der Befragung teilgenommen. Auf die Frage: „Soll die SPÖ Burgenland nach der Landtagswahl Gespräche mit allen im Landtag vertretenen Parteien über eine mögliche Zusammenarbeit führen?“, ha-

Die Ausgangslage nach der Wahl, mit 3 verlorenen Mandaten von Seiten der SPÖ, war jedoch leider bereits nach kurzer Zeit völlig klar. Die ÖVP wollte keine Koalition mit der SPÖ und hat nicht akzeptiert, dass die SPÖ, die mit Abstand stärkste Partei, den Landeshauptmann stellt. Die GRÜNEN wollten keine 3-Koalition mit der Liste Burgenland. Somit gab es lediglich 2 Optionen. Eine Regierung bestehend aus SPÖ und FPÖ oder eine Regierung bestehend aus ÖVP-FPÖ-LBL.

Der Landespartei Vorstand hat einstimmig dafür gestimmt, dass ich als Generalbevollmächtigter der SPÖ Burgenland mit der FPÖ Gespräche über eine mögliche Koalition führen kann. Ich habe ein einstimmiges Mandat des gesamten Landespartei Vorstandes erhalten, die Verhandlungen mit der FPÖ auch positiv abschließen zu können. Das habe ich gemeinsam mit meinem Verhandlungsteam gemacht und ein dementsprechendes Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ ausverhandelt und fixiert. Die SPÖ Burgenland steht zu dieser Koalition mit der FPÖ und dem ausverhandelten Arbeitsübereinkommen.

Daher komme ich zu folgendem Schluss. Ich möchte als Person Hans Niessl dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen keinesfalls ein Dorn im Auge sein und werde daher meine persönlichen Konsequenzen daraus ziehen. Ich komme dem Antrag, mich vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen auszuschließen, zuvor und trete mit sofortiger Wirkung freiwillig aus. Somit ist es also auch nicht notwendig ein Schiedsgericht damit zu belangen. Ich wünsche Euch für die Zukunft alles Gute.

Mit besten Grüßen

Hans Niessl
Landeshauptmann von
Burgenland



Die Zusammenarbeit mit der FPÖ im Burgenland halten viele Menschen für unvereinbar mit sozialdemokratischen Grundsätzen. Die Freiheitskämpfer/innen haben sich in dieser Frage ebenfalls klar positioniert.

lichkeit dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Dafür trete ich seit Jahrzehnten ein und werde das auch in Zukunft so machen.

Die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der SPÖ und der FPÖ hat jedoch eine historische Relevanz, die man nicht wegdiskutieren kann. Die Ära Bruno Kreisky, wahrscheinlich die erfolgreichste Ära der Sozialdemokratie, begann im Jahre 1970 und zwar mit der Unter-

tag vertretenen Parteien hat gute Tradition und ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich das Land in den letzten Jahrzehnten so gut entwickelt hat. Ich erinnere beispielsweise an die Jahre 2000 bis 2005. Im burgenländischen Landtag galt „das freie Spiel der Kräfte“. Die SPÖ Burgenland als Landeshauptmann-Partei hat hier abwechselnd je nach Themenbereich mit allen Parteien Mehrheitsbeschlüsse gefasst. Die Folge dieser Politik des „Nicht-

ben 16.121 Menschen dazu ihre Stimme abgegeben. 14.331, 88,9%, haben mit Ja und 1.790, 11,1%, mit Nein gestimmt.

Unsere Mitglieder haben also zu 89% dafür gestimmt, dass eine Zusammenarbeit auch mit der FPÖ nicht ausgeschlossen werden sollte. Dem Wunsch unserer Parteimitglieder und Funktionäre haben wir entsprochen und mit allen im Landtag vertretenen Parteien Gespräche geführt.



Gedenkfeier in Goldegg

Am 2. Juli 1944 geriet die Gemeinde Goldegg zu einer der markantesten Stätten des NS-Terrors im Bundesland Salzburg. Eine Gruppe von Bauernsöhnen hatte den Kriegsdienst verweigert und kehrte daraufhin nicht mehr an die Front zurück. Nachdem jahrelang vergeblich versucht worden war, die „Fahnenflüchtigen“ zu ergreifen, geriet eine Aktion der SS im Großraum Goldegg zu einer grausamen Menschenjagd. Mehrere Männer wurden erschossen, über 50 weitere Personen verhaftet und teilweise

später in Konzentrationslagern hingerichtet.

70 Jahre später führte der Kampf um einen Gedenkstein für die Opfer in Goldegg viele Menschen zusammen. Diese erinnerten auch heuer am 2. Juli an all jene, die Courage bewiesen, nicht wegsahen und den Terror nicht unwidersprochen hinnahmen. Menschen, die ein Beispiel gaben und Mut machten.

Bei der Gedenkfeier waren die Salzburger Freiheitskämpfer/innen durch Abg. z. NR a. D. Johann Maier und Landessekretär Alexander Neunherz vertreten.

In seiner Gedenkrede richtete Johann Maier sein Augenmerk auf weitere Gräueltaten, die in



Abg. z. NR a. D. Johann Maier bei seiner Gedenkrede zu Ehren der Goldegger Deserteure

den letzten Kriegstagen im Jahr 1945 verübt wurden. So wurde beispielsweise der Obergefreite Schoetz am 11. Mai 1945 (!) von seiner eigenen Truppe im Lungauer Mariapfarr erschossen, „da er sich Tage davor davongemacht hatte“, wie „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 17. November 1949 berichtete. ■

Nähere Informationen über das Schicksal der Goldegger Deserteure und über aktuelle zeitgeschichtliche Bildungsangebote findet man auf: www.goldeggerdeserteure.at

Rechte Schmieraktionen aufgeklärt

Die lange Serie von offenkundig rechts motivierten Schmieraktionen in Salzburg ist aufgeklärt. Ein 39-jähriger Österreicher wurde festgenommen – er gestand 47 Delikte. Laut Polizei sei der obdachlose Täter der nationalsozialistischen Ideologie verhaftet und entwickle aus einem Gefühl der Benachteiligung einen großen Hass auf Politik, AsylwerberInnen und andere Obdachlose. Der Mann wurde wegen des Verdachts der Wiederbetätigung nach Paragraph 3g



Ende April wurden im Erdgeschoss der Salzburger SPÖ sieben Scheiben eingeschlagen

Verbotsgesetz und wegen Sachbeschädigung angezeigt und in Untersuchungshaft genommen.

Neben der Zerstörung des Euthanasie-Mahnmals im Kurgarten beim Schloss Mirabell im Mai 2014 gestand der Mann zahlreiche Beschmierungen von Gedenkorten in den vergangenen zweieinhalb Jahren. Betroffen waren unter anderem der Davidstern vor der Synagoge, das

Widerstandsdenkmal am Kommunalfriedhof, „Stolpersteine“ sowie eine Tafel zum Geden-

ken an die Bücherverbrennung. Auch die Parteizentralen von SPÖ, Grünen und KPÖ wurden im Dezember des Vorjahres mit rechtsextremen und neonazistischen Parolen beschmiert.

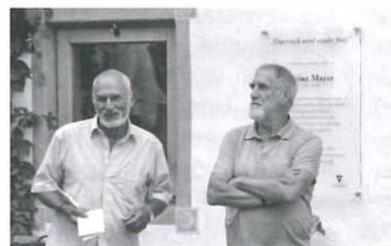
Trotz dieses Ermittlungserfolges darf die Wachsamkeit gegenüber rechten Anschlägen nicht nachlassen, sind die Salzburger Freiheitskämpfer/innen überzeugt. Denn im Raum Salzburg-Oberösterreich-Bayern ist nach wie vor eine gut vernetzte rechtsextreme Szene aktiv. ■

Erklärung zum Antikriegstag

Mit zwei Veranstaltungen haben die Freiheitskämpfer/innen Tirol den 1. September 2015 als Internationalen Antikriegstag gewürdigt. Gemeinsam mit der Vinzenzgemeinschaft fand in Anwesenheit der Bürgermeisterin von Innsbruck, Mag.^a Christine Oppitz-Plörer, im „Waldhüttl“ (Schloss Mentlberg) ein Treffen zum Gedenken an den Widerstandskämpfer und Antifaschisten Heinz Mayer statt. Die Freiheitskämpfer/innen Tirol und

das Renner-Institut haben dann um 19 Uhr zu einem politischen Film ins Leo-Kino in Innsbruck eingeladen. Dabei hat Helmut Muigg eine Erklärung vorgetragen, die im Folgenden auszugsweise wiedergegeben werden soll:

„(...) Unsere Geschichte verpflichtet uns zu entschiedenem Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir sind aber bestürzt und beschämt, wie sehr gerade Flüchtlingen mit Rassis-



Das Foto zeigt die Vertreter der Veranstalter, Jussuf Windischer und Helmut Muigg

mus und Fremdenfeindlichkeit begegnet wird. Wir verurteilen die katastrophale Behandlung

von Menschen, die bei uns Zuflucht vor Krieg, Verfolgung und Terror suchen. (...) Ohne starke Besinnung auf diese Werte und Stärken eines solidarischen Europas droht der soziale Friede in Europa zu zerbröseln. Dass diese Gefahr sehr groß ist, erlebten wir kürzlich in Griechenland, in der Ukraine, aber auch am Balkan. Daher nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ ■

Auf vergessenen Spuren

Bereits 2006 erschien der gleichnamige Wegweiser zu Gedenkstätten in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung und die Website www.gedenken-in-benelux.de wurde eingerichtet.

In den frühen Morgenstunden des 10. Mai 1940 überschritt die deutsche Wehrmacht die Grenzen zu den Niederlanden, Belgien und Luxemburg. Bald darauf begannen die Nazi-Besatzer mit der Verfolgung Einheimischer und ExilantInnen aus dem Reich aus politischen, rassistischen und weltanschaulichen Gründen. In Österreich weiß man heute nur wenig über die Orte des Unterdrückungs- und Verfol-

gungsapparates in Nord- und Westeuropa, unser Fokus liegt auf Zentral- und Osteuropa. „Auf vergessenen Spuren“ beschreibt detailliert und anschaulich auf 167 Seiten das NS-Lagersystem sowie den Umgang mit den Orten des Terrors nach 1945 und stellt die wichtigsten Gedenkstätten vor. Der Inhalt zeigt Dokumente, zahlreiche Fotos und Berichte von ZeitzeugInnen, im Artikel können aus Platzgründen nur wenige Aspekte

gestreift werden. Der überwiegende Schwerpunkt liegt auf den Niederlanden. Interessant sind Ausprägungen spezifischen Gedenkens, so wird etwa in den gesamten Niederlanden jedes Jahr am Abend des 4. Mai der Opfer des Zweiten Weltkrieges gedacht. Auch die königliche Familie nimmt daran teil. Südwestlich der Stadt 's-Hertogenbosch errichtete die SS das einzige KZ westlich der Reichs-

Die Website begleitet die gleichnamige Publikation mit Informationen zu Gedenkort in den Benelux-Staaten



grenzen („KL Herzogenbusch“). In der niederländischen Öffentlichkeit ist es als „Kamp Vught“ bekannt. Dort kam es in der Nacht vom 15. auf den 16. 1. 1944 zum sog. „Bunker-drama“: 74 Frauen wurden in eine 9 (!) m² kleine Zelle gesperrt – zehn von ihnen überlebten die Tortur nicht. Buch und Internet laden dazu ein, die vielfach noch vorhandenen Spuren der deutschen Geschichte in den Nachbarstaaten zu (be-)suchen und ihre Gedenkstätten für die politische Bildungsarbeit zu entdecken. Nicht nur aus Gründen der Pietät, man erhält auch wertvolle Anregungen für die eigene Gedenk- und Erinnerungsarbeit. Auf www.gedenken-in-benelux.de sind Links zu vielen Websites der beschriebenen Orte zu finden. Diese enthalten Historisches und praktische Informationen für BesucherInnen. Niemals vergessen!

Gerald Netzl ■

Auswahl aus dem Inhalt

- Vom Gedenken zum Erinnern – Die Entstehung und Entwicklung der niederländischen Gedenkstätten für die NS-Opfer
- Am anderen Ende der Rampe von Auschwitz – Polizeiliches Durchgangslager Westerbork
- Ein Lager mit „Modellcharakter“? – Konzentrationslager Herzogenbusch in Vught
- Vom Anne Frank Haus zum Widerstandsmuseum. Ausgewählte Gedenkstätten in Amsterdam (Anne Frank Haus; „Homomonument“; Nationales Denkmal am Dam; Denkmal Jüdischer Widerstand; Jüdisch-Historisches Museum; Denkmal des „Dockarbeiters“; Widerstandsmuseum; Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma; Denkmal „Frauen von Ravensbrück“)
- Institut für Kriegsdokumentation, Amsterdam (Das „holländische DÖW“)
- Kurzübersicht Gedenkstätten in Belgien: Nationale Gedenkstätte Festung Breendonk (südl. von Antwerpen, eines der heute besonders „gut erhaltenen“ Nazi-Lager in Westeuropa)
- Zentrum für historische Forschung und Dokumentation, Brüssel
- Jüdisches Deportations- und Widerstandsmuseum, Mechelen
- Kurzübersicht Gedenkstätten in Luxemburg: Nationales Widerstandsmuseum, Esch/Alzette; Gedenkstätte der Deportation, Luxemburg-Hollerich

Mauthausen-Exkursion

Am 29. und 30. Juni 2015 lud die Freiheitskämpfer/innen-Bezirksorganisation St. Pölten traditionell wieder Schulklassen zu Exkursionsfahrten zur KZ-Gedenkstätte Mauthausen ein. Das Postulat „Niemals vergessen“ hat angesichts des aktuellen Umganges mit Menschenrechten, speziell im Osten (nah oder fern), nach wie vor seine Berechtigung. Die nachkommenden Generationen gegenüber menschenverachtenden und machtideologischen Tendenzen immun zu machen, ist

daher überaus wichtig. Die Guides in Mauthausen versuchen das sehr einfühlsam, die Jugendlichen werden immer einbezogen, verzichten dabei sogar auf ihre i-Phones. Ein Zitat des spanischen Philosophen George Santayana lautet: „Wer die Geschichte nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.“ Das muss und darf nicht sein. Es ist daher zu begrüßen, dass auch in den Schulen dieses traurige Kapitel europäischer Vergangenheit nicht (wie früher) ausgespart, sondern aktiv angesprochen wird. ■



Die Pielachtaler Poly-Klassen vor dem ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen

Ernst Papanek – sozialistischer Pädagoge und Politiker

Wolfgang Neugebauer hat das neu erschienene Buch über den sozialistischen Reformpädagogen Ernst Papanek gelesen und eine Rezension für unsere Zeitung verfasst.

Ernst Papanek war eine der herausragendsten Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Jugend- und Erziehungsbewegung der Ersten Republik. 1933 zum Obmann der SAJ gewählt, bereitete er die Organisation schon vor den Februarkämpfen 1934 auf die kommende Illegalität vor. Um seiner Verhaftung zu entgehen, musste er wie viele andere Sozialdemokraten in die CSR flüchten, wo er im Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten (ALÖS) in Brünn für die Unterstützung der (illegalen) Revolutionären Sozialistischen Jugend (RSJ) zuständig war. Nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 flüchtete Ernst Papanek mit seiner Familie nach Frankreich, verzichtete aber auf die bereits ausgestellten USA-Visa, weil er das für ihn verlockende Angebot der OSE, einer jüdischen Wohlfahrtseinrichtung für Kinder, annahm, Kinderheime in Frankreich zu leiten.

Von 1938 bis 1940 wirkte er als Generaldirektor von insgesamt 11 Kinderheimen, in denen 1.600 jüdische Flüchtlingskinder aus Deutschland, Österreich, Polen

der CSR und anderen Ländern untergebracht waren. In den OSE-Heimen hatte der studierte Pädagoge und Lehrer Ernst Papanek Gelegenheit, seine von Alfred Adlers Individualpsychologie, der sozialdemokratischen Erziehungsbewegung und der Wiener Schulreform geprägten pädagogischen Vorstellungen zu verwirklichen. Grundlegendes Prinzip in den Heimen war eine auf Gleichberechtigung basierende Gemeinschaftserziehung, die in der in einer „Verfassung“ geregelten Selbstverwaltung der Kinder und Jugendlichen und Mitbestimmung zum Ausdruck kam.

Nach dem deutschen Einmarsch 1940 musste Papanek mit seiner Familie neuerlich flüchten und gelangte auf abenteuerlichen Wegen nach Spanien und über Portugal in die USA. Bis 1958 leitete er Schulen für emotional gestörte und straffällig gewordene Mädchen und Burschen, unter ihnen der spätere Boxweltmeister Floyd Patterson. Von 1959 bis 1971 wirkte er als Professor für Pädagogik an der City University of New York. Der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung blieb Ernst Papanek – so

wie sein Sohn Gustav und seine Schwiegertochter Hanna – zeitlebens verbunden. Er war Vorsitzender der American Friends of Austrian Labor und Vorstandsmitglied der American Socialist Party, die er in der Sozialistischen Internationale vertrat. Eine Rückkehr nach Österreich kam nicht in Frage, weil die damalige SPÖ-Führung keine jüdischen Intellektuellen zurückholen wollte. 1970 wurden seine Leistungen durch die Freiheitskämpfer/innen anerkannt, die ihm das Goldene Ehrenzeichen unseres Bundes verliehen.

Die Autorinnen leuchten die lebensgeschichtlichen Hintergründe und die pädagogischen und therapeutischen Grundlagen seiner Arbeit aus. Die zum Teil erstmals veröffentlichten Schriften Papaneks beschäftigen sich vor allem mit den OSE-Kinderheimen in Frankreich. Die damals faszinierende, von Adlers pädagogischem Optimismus getragene Idee der Kinderheimerziehung, ist heute nicht mehr aktuell, aber die dort zur Anwendung gekommenen Prinzipien einer demokratischen und antiautoritären, der Gemeinschaft verpflichteten Erziehung sind weiter gültig. Ernst Papanek hat als Jugendführer, Pädagoge, Therapeut und Erziehungswissenschaftler Außergewöhnliches geleistet. An seinem



Ernst Papanek
Pädagogische und
therapeutische Arbeit

*Kinder mit Verfolgungs-, Flucht und
Exilenerfahrungen während der NS-Zeit*

Inge Hansen-Schaberg, Hanna Papanek,
Gabriele Rühl-Nawabi (Hg.)

Inge Hansen-Schaberg, Hanna Papanek, Gabriele Rühl-Nawabi (Hg.): „Ernst Papanek – Pädagogische und therapeutische Arbeit. Kinder mit Verfolgungs-, Flucht und Exilenerfahrungen während der NS-Zeit“

**Böhlau Verlag, 2015
ISBN: 978-3-205-79589-6,
281 Seiten, € 39,00**

Beispiel wird einmal mehr sichtbar, welchen nicht wiedergutmachenden Verlust Österreich und die Sozialdemokratie durch politische und rassistische Verfolgung in der Zeit des Faschismus erlitten haben. ■

Gewerkschaft. Macht. Geschichte.

Unsere Genossin Brigitte Pellar schreibt seit Jahren für die ÖGB-AK-Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ Beiträge zur Geschichte von Gewerkschaft, Betriebsräten und Arbeiterkammern – zu meist auf ihrer eigenen Seite „Historie“. Aus Beiträgen von 2007 bis 2014 entstand ein auch für AntifaschistInnen spannendes und informatives Lesebuch. Das sprachliche Bild von Victor Adler, wonach „Partei und Ge-

werkschaft siamesische Zwillinge“ wären, gilt noch immer. Brigitte Pellar stellt eindrucksvoll und gut lesbar dar, dass „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen“ ist. Im Buch, das ein geeignetes repräsentatives Geschenk bei Ehrungen und Geburtstagen wäre, findet sich das Solidaritätsnetzwerk der früheren Gesellenorganisationen ebenso wie etwa Informationen zur ÖGB-Politik oder

zur Gewerkschaftsbewegung in Europa und im „Arabischen Frühling“. Anlass der Heraus-

gabe war die Erinnerung an die Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945. ■



Brigitte Pellar: „Gewerkschaft. Macht. Geschichte. Spots auf 200 Jahre Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen“
**ÖGB-Verlag, 2015
ISBN: 978-3-99046-126-6,
188 Seiten, € 24,90**

Der österreichische Film

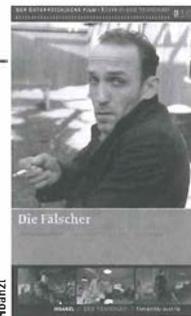
Gerald Netzl widmet sich in seinem Beitrag der österreichischen Filmedition des „Standard“. Im Kasten finden sich Empfehlungen zu politisch und zeithistorisch besonders interessanten Filmen.

Die Fälscher“, „Hasenjagd“, „Bockerer“, wer kennt diese Filme nicht? Sie und viele andere sind seit 2006 in der Reihe „Der österreichische Film – Edition Der Standard“ in bisher neun Staffeln zum Kauf im Einzelhan-

del erschienen. Sinn der Edition ist, populäre wie kaum bekannte, künstlerische wie kommerzielle, österreichische Spiel-, Dokumentar- und Experimentalfilme zu einem günstigen Preis (€ 9,90 je DVD) verfügbar zu machen.

Vorbild war die „Cinemathek“ der Süddeutschen Zeitung, die internationale Filmklassiker beinhaltet. „Das Kino ist die wahre Schule des Lebens“, meinte François Truffaut. Viele Filme bieten sich nicht nur für den privaten Konsum an, sie können auch im Rahmen von (geschlossenen!) Veranstaltungen der Freiheitskämpfer/innen, SJ usw. angesehen werden,

beispielsweise bei Jahrestagen oder wenn ein spezifisches Thema behandelt wird. Dieser Artikel will auf einige zeitgeschichtlich interessante Filme hinweisen (siehe Kasten). Aber Achtung: Vor dem Einsatz in Gruppen immer vorher anschauen und auf Tauglichkeit überprüfen! ■



Hoanzl

Filmtipps

„38 – auch das war Wien“ (1987): Nach einer Romanvorlage von Friedrich Torberg; Oscar-nominiert!

„Ausländer raus!“ (2000): Christoph Schlingensiefel mitten in Wien in einem „Abschiebecontainer“ für Asylanten.

„Der Bockerer“ (1981): Schelmisch und gleichzeitig ernst, ruhig und unwahrscheinlich schlagfertig beginnt der Fleischhauer aus der Wiener Vorstadt, genial verkörpert von Karl Merkatz, den passiven Widerstand gegen die Nazis.

„Ceija Stojka“ & „Unter den Brettern hellgrünes Gras“ (1999/2005): Als eine der wenigen ihrer großen Familie hat die Lovara-Romni Ceija Stojka die KZs der Nazis überlebt.

„Einstweilen wird es Mittag“ (1985): Der Film basiert auf der berühmten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“.

„Der Fall Jägerstätter“ (1971): Über den aus christlicher Überzeugung den Dienst in der Wehrmacht verweigerten oberösterreichischen Bauern, der dafür hingerichtet wurde.

„Die Fälscher“ (2006): Über die SS-Geldfälscherwerkstatt im KZ Sachsenhausen.

„Franz Fuchs – ein Patriot“ (2007): Zehn Jahre nach der Verhaftung des Briefbombers

Franz Fuchs im Oktober 1997 rollte Elisabeth Scharang den „Fall Fuchs“ anhand der Vernehmungsprotokolle noch einmal auf.

„Gebürtig“ (2003): Der Film erzählt aus der Gegenwart der späten 80er Jahre, mit Witz und Verzweiflung, provokant und pointiert, auch über die Waldheim-Problematik.

„Georg Elser – einer aus Deutschland“ (1989): Über den gescheiterten Hitler-Attentäter.

„Hasenjagd“ (1994): Über die „Mühlviertler Hasenjagd“ im Februar 1945.

„Heidenlöcher“ (1986): Ein Deserteur versteckt sich vor seinen Verfolgern in den Höhlen in der Nähe eines kleinen Salzburger Bergdorfes.

„Im Museum“ & „T4 – Hartheim 1“ (1993/1988): Hier ist der zweite Film über die „Euthanasie“-Anstalt bei Linz interessant.

„Im toten Winkel“ (2002): André Hellers Interview mit Adolf Hitlers Sekretärin Traudl Junge.

„Jenseits des Krieges“ (1996): Ein erschütternder Film über die z. T. noch sehr verbohrten Besucher der „Wehrmachtausstellung“.

„Kassbach“ (1978): Der Wiener Gemüsehändler Karl Kassbach, Mitte 50, wird Mit-

glied der rechtsextremistischen Organisation „Initiative“.

„Küchengespräche mit Rebellinnen“ (1984): Vier Frauen erzählen ihre Geschichten vom Widerstand gegen die Nazis.

„Meine liebe Republik“ (2007): Friedrich Zawrel gerät als Kind in das perfide System der Nazi-„Rassenhygieniker“ und überlebt nur knapp. Jahrzehnte später begegnet er Dr. Heinrich Gross.

„Sidonie“ (1990): Über das Roma-Findelkind Sidonie, das in Steyr in einer Arbeiterfamilie aufwächst, am Ende nach Auschwitz-Birkenau deportiert und ermordet wird.

„Vienna's Lost Daughters“ (2007): Acht jüdische Frauen im Alter von über 80 Jahren, als Kinder vor den Nazis nach England geflüchtet, stehen im Mittelpunkt dieses Films.

„Welcome in Vienna“ (1985): Der dritte Teil der Trilogie „Wohin und zurück“, nach einem größtenteils autobiografischen Drehbuch des aus Wien gebürtigen Schriftstellers, Journalisten und Filmemachers Georg Stefan Troller, der 1938 vor den Nazis durch Europa floh und in die USA emigrierte.

WEBTIPP: www.hoanzl.at

E-Book: Rosa Luxemburg – Ein Gedenkbuch

Der Berliner Historiker Günter Regneri hat vor kurzem wieder ein für politisch Interessierte bisher nicht mehr greifbares Buch herausgebracht. Es ist das 1929 veröffentlichte Werk von Luise Kautsky „Rosa Luxemburg – Ein Gedenkbuch“. Diese sehr persönlich gehaltene Lebensdarstellung ihrer Freundin beschreibt darüber hinaus auch Rosa Luxemburgs politische Entwicklung, die mit dem

Bruch mit der deutschen Sozialdemokratie endete.

Heute wissen wir meist sehr wenig über das oftmals turbulente Leben Rosa Luxemburgs. Die Autorin führt uns in der biografischen Skizze durch die vielen Stationen des unruhigen Lebens ihrer Freundin Rosa.

Die Wienerin Luise Kautsky war eine außergewöhnliche Frau, politisch sehr interessiert und aktiv. Sie war mit dem deutschen

sozialdemokratischen Politiker und Theoretiker Karl Kautsky verheiratet. Zahlreiche Bücher aus dem Französischen und einen Teil der gesammelten Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels übersetzte sie aus dem Englischen.

Darüber hinaus bekommt der Leser auch einen Einblick in das Leben von Luise Kautsky, die in den 20er Jahren in Österreich lebte und sich bei den

Kinderfreunden engagierte. Sie wurde von den Nazis aus ihrem Asylland Holland verschleppt und starb als 80-Jährige 1944 in Auschwitz. ■

Kautsky, Luise (Autorin), Günter Regneri (Hg.): „Rosa Luxemburg – Ein Gedenkbuch“ Das E-Book ist zum Preis von € 3,49 bei Weltbild.de versandkostenfrei erhältlich, Bestellnummer: 65328296

Widerstand gegen das Salazar-Regime

Gerald Netzl hat sich das Aljube-Museum in Lissabon angesehen und seine Eindrücke für den „Sozialdemokratischen Kämpfer“ festgehalten.

Grândola, Vila Morena“ – der stampfende Rhythmus des Liedes, das das Zeichen für den Aufstand gegen die Diktatur in Portugal war, ist wohlbekannt. Am 25. April 2015 wurde im Zentrum Lissabons das städtische Museum zum Thema „Widerstand und Freiheit“ eröffnet (Museu do Aljube – Resistência e Liberdade; Aljube bedeutet im Arabischen „Gefängnis“). 37 Jahre lang, von 1929 bis 1965, wurden dort tausende Gegner des autoritären Salazar-Regimes, Linke, DemokratInnen, AntifaschistInnen, von der berüchtigten Geheimpolizei PIDE verhört, gefoltert und inhaftiert. Im Jahr 2009 wurde das Gebäude des ehemaligen Geheimdienstgefängnisses vom damaligen sozialistischen Justizminister Antonio Costa an die Stadt Lissabon übergeben, um dort einen Erinnerungsort für den antifaschistischen Widerstand zu schaffen. 48 Jahre lang war Portugal eine Diktatur, Antonio Salazar nahm

Anleihen beim italienischen Faschismus. Die Ausstellung beginnt mit der Geschichte des Landes von 1890 bis 1976. Der Schwerpunkt liegt auf dem Kampf progressiver und reaktionärer Kräfte um die Macht im Staat, den letztere 1926 für sich entschieden. Sie endet aber nicht mit dem 25. April 1974, der „Nelkenrevolution“ (siehe Artikel von Ali Kohlbacher im „Kämpfer“ 4/2014, S. 9), sondern beleuchtet auch die Kämpfe für Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, gegen Ausbeutung und Diskriminierung bis in die Gegenwart. Der Besucher wird über die Ideologie des Salazar-Regimes informiert: Im Bunde mit den konservativen Reichen und der gehätschelten Armee schuf der Bauernsohn Salazar mitten im 20. Jahrhundert ein Stück machiavellistischer Vergangenheit, mit einem einfachen, holzschnittartigen Weltbild von Gott und Vaterland, Familie, Arbeit und Autorität. Im zweiten Stock werden Methoden individuellen und kollek-

Drei ehemalige Häftlingszellen wurden in die Ausstellung integriert



tiven Widerstands, von öffentlichen wie von Untergrundaktivitäten sowie die Funktionsweise des Unterdrückungsapparates gezeigt. Gängigste Methode zur Erzwingung von Geständnissen war die „Schlaf-Folter“, bei der die Häftlinge gewaltsam am Schlafen gehindert wurden. Rekord: 16 Tage und Nächte ununterbrochenen Geweck-Werdens.

Ende der 1960er Jahre hatte Portugal das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen, aufgrund der Kriege in seinen Kolonien die relativ höchsten Militärausgaben, das relativ niedrigste Bildungsbudget und die höchste AlphabetInnen-Rate aller Länder Europas: Von zehn PortugiesInnen konnten vier weder lesen noch schreiben. Die männliche Jugend wurde in einen vierjährigen Militärdienst gepresst, um

Kriege zu führen, die sie nicht führen wollte. Die Ausstellung zeigt im dritten Stock die verheerenden, dreizehn Jahre dauernden Kolonialkriege, aber sehr wohl, dass es auch PortugiesInnen gab, die den antikolonialistischen Befreiungskampf in Afrika unterstützten.

Aktuell sind alle Ausstellungstexte und der Katalog leider nur in Portugiesisch, nicht einmal in Englisch gibt es Kurzinformativen oder einen Überblick. Einzig ein kurzer chronologischer Film verfügt über englische Untertitel. Interessierte antifaschistische Portugal-TouristInnen reisen allerdings zumeist über die Zeitgeschichte informiert an und werden einen Nutzen aus dem Besuch des Museums ziehen. ■

WEBTIPP:
www.museudoaljube.pt

Ein Sitzmöbel, das Geschichte erzählt

Anlässlich des Gedenkjahres 2015 wird im größten Gemeindebau des Roten Wien, im Ottakringer Sandleitenhof, eine Gedenkstätte geschaffen. Diese soll an die friedvolle

Entwaffnung von Wehrmachtssoldaten durch eine Widerstandsgruppe in den letzten Kriegstagen im April 1945 im Sandleitenhof erinnern. Besonders die damit verbundene Thematik der Zivilcourage sollte in einen aktuellen Kontext gesetzt und begreifbar gemacht werden. Gefördert wurde das Projekt unter anderem

durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich und von Basis. Kultur.Wien.

Gewöhnen hat eine Idee von Andreas Strauss mit dem originellen Namen „Sandleitendatenbank“: Eine etwa drei Meter lange Bank, nach dem Vorbild der im Areal bestehenden Bänke, deren Hauptfunktion das „Geschichte(n)-erzählen“ ist. Die Bank ist mit gut sichtbaren Plug-in-Buchsen versehen, in die handelsübliche Kopfhörer passen. In der Bank verborgen enthalten MP3-Player

die Geschichten (besonderer Schwerpunkt: die Ereignisse von April 1945), die erzählt werden.

Als Quellen werden unterschiedliche Formate verwendet. Etwaige neu auftauchende Dokumente werden gescannt, fotografiert, kopiert; Erzählungen werden gesammelt, aufgeschrieben, in Audioformaten aufgenommen, auf Video festgehalten; Bilder werden gezeichnet, fotografiert, collagiert. Das dabei entstehende Archiv bildet schließlich die Basis der erzählten Geschichten. ■



wien.gaz.at/P10

Im Sandleitenhof soll das Projekt „Sandleitendatenbank“ an eine Widerstandsaktion erinnern

voestalpine- Zeitgeschichteausstellung 1938–1945

Unser Redaktionsmitglied **Claus Michl-Atzmüller** berichtet in dieser Ausgabe über zwei Ausstellungen, die er besucht hat und die brisante Ereignisse in der NS-Vergangenheit beleuchten.

Schon kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 erfolgte der Spatenstich (13. Mai 1938) für eines der größten Industrieprojekte der Nationalsozialisten in der damaligen Ostmark am Standort Linz. Das Eisen- und Stahlwerk, welches ab 1941 schrittweise in Betrieb ging, war ein wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie. Für ein Werk derartiger Größe

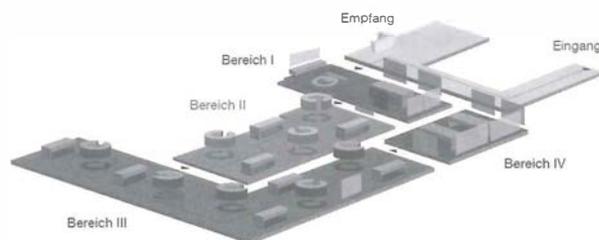
Wissenschaftlern beauftragte, bildete 1998 der größte Nachkriegsfund Österreichs von mehr als 38.000 NS-Personalakt und –Lohnbögen der in den Hermann Göring Werken eingesetzten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in einem Bunker am Linzer Werksgelände.

„Die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aufzuzeigen, individuelle

Die Ausstellung ist als Dauerausstellung in den Räumlichkeiten des ehemaligen Besucherzentrums im Erdgeschoss der Konzernzentrale (BG 41) konzipiert. Ein bleibender Ort der Erinnerung und des Gedenkens, der einladen und ermutigen soll, sich mit den Geschehnissen auseinanderzusetzen.

Ich habe im August 2015 diese Dauerausstellung in Linz besucht und möchte sie allen interessierten Menschen, Antifaschistinnen und Antifaschisten, eindringlich und wärmstens empfehlen. Auch der Ausstellungskatalog ist ausgesprochen gut, interessant und schön gestaltet.

Claus Michl-Atzmüller ■



voestalpine (2)

Auf der begleitenden Website voestalpine.com/zeitgeschichte werden Aufbau und Intention erläutert sowie Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt



Die Zeitgeschichteausstellung der voestalpine eignet sich auch hervorragend für Schulklassen

kam in Linz nur ein Standort in Frage: St. Peter-Zizlau, eine weiträumige, agrarisch geprägte Siedlung im flachen Südosten der Stadt, unmittelbar an der Donau gelegen. Wiesen und Felder, Bauernhöfe, Ausflugsgasthäuser, eine Kirche und ein paar Gewerbetriebe prägten die beschauliche Landschaft. Rund 4.500 Menschen wurden ohne große Vorwarnung um- und abgesiedelt.

Zigtausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter (Männer und Frauen, Jugendliche und Kinder), Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus mehr als dreißig Nationen wurden beim Aufbau und Betrieb der Reichswerke Hermann Göring in Linz eingesetzt. Grundlage für ein Forschungsprojekt, mit dem der voestalpine-Konzern ein Team von unabhängigen

Lebensschicksale nicht in der Anonymität verschwinden zu lassen, ein größeres Verständnis für Zeitgeschichte und dieses Thema im Besonderen zu fördern, das sind die Anliegen dieser Ausstellung“, so Michaela C. Schober, Corporate History and Documentation voestalpine AG. Menschen mit ihren Schicksalen werden durch vier aufeinander aufbauende Bereiche auf ihrem Lebens- und Leidensweg begleitet. Opfer des NS-Systems erhalten durch Audiodokumentation eine Stimme, begleitet von umfangreichen Erläuterungen, Bildmaterial und multidimensionalen Stationen. Die vier Bereiche sind wie folgt gestaltet: Nationalsozialismus und Linz (I), Zwangsarbeit und ihre Erscheinungsbilder (II), das menschliche Schicksal (III) sowie Zerstörung und Wiederaufbau (IV).

Im Übrigen ist die voestalpine das erste Unternehmen, das sich im Rahmen einer Dauerausstellung mit dem Thema NS-Zwangsarbeit auseinandersetzt und diese öffentlich zugänglich macht. Die NS-Zwangsarbeit war in ihrer Ausprägung und ihrem Ausmaß wohl einzigartig. Sie wurde von den Nationalsozialisten verharmlosend als „Arbeitseinsatz“ bezeichnet. Die NS-Zwangsarbeit war jedoch ein von den Nazis durchdachtes System, das die Arbeitskraft von Millionen Menschen exzessiv und schonungslos ausnutzte. Der Bau der Reichswerke Hermann Göring in Linz hat bis heute Spuren im Stadtbild, im öffentlichen Raum hinterlassen (z. B. Wohnungen der WAG – Wohnungs-Aktiengesellschaft). Persönliche Schicksale, der Zwangscharakter und das Ausmaß des Arbeitseinsatzes blieben jedoch hinter diesen Spuren lange Zeit verborgen und waren nur wenig präsent. Diese sichtbar zu machen ist die Intention der Ausstellung.

Öffnungszeiten und Preise

„Zeitgeschichteausstellung 1938–1945 – Gewidmet den NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern am Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ ist eine öffentlich zugängliche Dauerausstellung.

Vorangemeldete Gruppen ab 15 Personen:

Montag–Samstag:
9–17 Uhr
Sonn- und Feiertag geschlossen.

EinzelbesucherInnen (keine Anmeldung erforderlich):

Freitag: 13–17 Uhr
Samstag: 9–17 Uhr

Eintrittspreise

Eintritt pro Person: € 8,00
Ermäßigt: € 6,00
Schulklassen: € 2,00 p. P

Antifaschistische Bildungsfahrt nach Kärnten

Ali Kohlbacher berichtet über die Teilnahme des Wiener Landesverbandes an der Gedenkkundgebung in Loibl anlässlich der Befreiung des ehemaligen Mauthausen-Nebenlagers.

Zwei Motive haben die Wiener Freiheitskämpfer/innen bewogen, auch dieses Jahr eine antifaschistische Bildungsfahrt nach Kärnten zu unternehmen: die Teilnahme an der Internationalen Gedenkkundgebung aus Anlass der Befreiung des KZ Loibl, eines Nebenlagers des KZ Mauthausen, vor 70 Jahren; ein Solidaritätsbeweis für Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser und die Kärntner SPÖ. Seit den Landtagswahlen 2013 ist die SPÖ wieder stärkste Kraft in Kärnten. Sie hat mit den Problemen einer milliardenschweren Erblast der Misswirtschaft eines korrupten Haider-Regimes zu kämpfen. Ihr müssen SozialdemokratInnen zeigen, dass sie nicht allein gelassen wird.

Bereits am ersten Tag der Reise besuchten die Wiener GenossInnen die eindrucksvolle Gedenkstätte des KZ Loibl-Süd mit Museum auf der slowenischen Seite des Loiblpasses. Am nächsten Tag (13. 6. 2015) nahm die Gruppe an der Gedenkkundgebung mit zahlreichen internationalen Gästen, v. a. aus Frankreich und Polen, beim ehemaligen KZ Loibl-Nord teil. Die eindrucksvolle Kundgebung wurde von Univ.-Prof. Dr. Peter Gstettner vom Mauthausenkomitee Kärnten/Koroška organisiert und geleitet. Prof. Gstettner hat jahrelang gegen massive Widerstände um eine antifaschistische Gedenk- und Bedenkultur in Kärnten und um die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte KZ Loibl-Nord gekämpft. Die verschiedenen, an der Kundgebung teilnehmenden Delegationen, so auch die Freiheitskämpfer/innen, legten Kränze beim Nordportal des Tunnels nieder.

Auf dem ehemaligen Appellplatz versammelten sich anschließend mehr als 200 österreichische und ausländische Gäste. Prof. Gstettner erinnerte in seiner Rede an die Befreiung von ca. 1.000 KZ-Häftlingen, die den Terror der SS und die Knochenarbeit beim Bau des Loibl-Tunnels, der „Baustelle des Todes“, überlebt haben. Er stellte fest, dass die Kärntner Gesellschaft und die Landespolitik mehr als 50 Jahre die Existenz des KZ Loibl verdrängt und vergessen hat und sich weigerte, eine würdige Gedenkstätte zu errichten. „Die schamlose Zeit des Verdrängens ist noch nicht gänzlich vorbei; deshalb ist auch die Befreiung Kärntens noch nicht vollendet.“

Guy Dockendorf, Präsident des Internationalen Mauthausenkomitees, erinnerte an den Mauthausen-Schwur der 18.000 Überlebenden des Konzentrationslagers: „Wir werden die internationale Solidarität, die wir im Lager gelernt haben, in unserer Erinnerung bewahren, wir werden gemeinsam den Weg beschreiten, der zur Freiheit für alle Menschen, zum gegenseitigen Respekt und zur Zusammenarbeit für das große Werk der Errichtung einer neuen, freien und gerechten Welt führt.“

Landeshauptmann Genosse Peter Kaiser rief die Worte von Paul Celan in Erinnerung: „Der Tod ist ein Meister in Deutschland“ und ergänzte, dass Österreich in das Zitat einzuschließen ist. Österreich war nicht nur Opfer des Naziregimes, eine große Zahl von Österreichern stellten sich der Mordmaschinerie der Nazis begeistert zur Verfügung. Erst Bundeskanzler Franz Vranitzky



Auch heuer unternahmen die Wiener GenossInnen eine dreitägige antifaschistische Bildungsreise nach Kärnten

bekanntete sich öffentlich zur Täterrolle.

Weitere Redner waren unter anderen der Botschafter der Republik Frankreich sowie Daniel Simon, Sohn eines französischen Häftlings, Prof. Dr. Andrzej Kunert sowie ein polnischer Häftling, der die schrecklichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Lager darlegte.

Besonders eindrucksvoll war das Bekenntnis von drei Schülern einer Klagenfurter Schule, die Opfer des Naziterrors nicht zu vergessen, aus der Geschichte zu lernen und niemals zuzulassen, dass Faschismus die Demokratie und den Frieden bedroht. Ein Schüler sprach das Bekenntnis in slowenischer Sprache.

Im Anschluss an die Kundgebung fuhr die Gruppe zum Peršman-Museum oberhalb von Eisenkappel auf über 1.000 m Seehöhe. Auf dem Peršman-Hof lebte eine slowenisch sprechende Bergbauernfamilie Sadovnik. Als Reaktion auf die Germanisierungspolitik, die Repressionen und die Vertreibung der slowenisch sprechenden Bauern unterstützten einige Familien die Kärntner Partisanen, so auch die Familie Sadovnik. Der Hof war ein Stützpunkt der Partisanen; hier erhielten sie Lebensmittel, hier wurden ihre Verwundeten versorgt. Am 25. April 1945, wenige Tage vor der

Kapitulation der Naziwehrmacht lagerten Partisanen beim Hof. Plötzlich tauchten SS und Polizei beim Hof auf und eröffneten das Feuer. Nach einem Schusswechsel zogen sich die Partisanen und die SS-Einheit zurück. Doch letztere kam zurück und ermordete vier Erwachsene und sieben Kinder. Heute ist der Peršmanhof ein höchst interessantes Museum, in dem die Germanisierung und Vertreibungspolitik der Nazis, der Befreiungskampf der Kärntner Partisanen und das SS-Massaker an der Familie Sadovnik dokumentiert sind.

Am letzten Tag der Reise stand ein antifaschistischer Stadtrundgang in Klagenfurt auf dem Programm. Genosse Vinzenz Jobst führte uns zum Landesgericht, wo der Blutrichter Roland Freisler 47 Kärntner Widerstandskämpfer zum Tod verurteilte. Eine Stele mit ihren Namen erinnert an die Toten. Genosse Jobst führte uns zu „Stolpersteinen“, die an ermordete jüdische Bürger erinnern, und berichtete über die antifaschistische Arbeit der Kärntner Freiheitskämpfer/innen.

Die Wiener Freiheitskämpfer/innen danken den Genossen Gstettner, Jobst und Pikalo sowie Genossin Ana Blatnik, die für ein Interview zur Verfügung stand (siehe Seite 15). ■

INTERVIEW MIT ANA BLATNIK

„Volksgruppe allein ist noch kein Programm“

Unser Redaktionsmitglied Ali Kohlbacher interviewte bei der Gedenkkundgebung beim ehemaligen KZ Loibl-Nord die Bundesrätin und Kärntner Slowenin Genossin Ana Blatnik zur Frage der heutigen Situation der slowenischen Volksgruppe in Kärnten.

Der Sozialdemokratische Kämpfer (DSK): Was hat sich seit der Wahl Peter Kaisers zum Landeshauptmann Kärntens geändert?

Ana Blatnik: Sehr viel. Die Atmosphäre ist besser geworden, die Volksgruppenfrage wird nicht mehr täglich für politische Zwecke instrumentalisiert, was die Vorgängerregierung noch getan hat.

DSK: Aber die Vorgängerregierung hat die Ortstafelfrage gelöst.

Blatnik: So einfach ist es nicht. Viele Regierungen haben versucht, diese Frage zu lösen, wobei gerade die FPÖ immer wieder jegliche Lösung torpedierte. Die FPÖ sah in der „Ethnisierung der Politik“ die Chance, Emotionen zu politischen Zwecken zu mobilisieren, was ihr auch gelungen ist. Etwas Ähnliches macht sie jetzt mit der Ausländer- und Asylfrage.

Für die Lösung der Ortstafelfrage sind mehrere Faktoren verantwortlich gewesen. Zuerst einmal: Es herrschte in Kärnten auf allen Seiten eine gewisse Müdigkeit, über die Ortstafelfrage zu reden. Die Menschen wollten eine Lösung. Dann kommt Staatssekretär Ostermayer hinzu, der mit besonderer Sensibilität an die Lösung heranging. Er verlegte die Verhandlungen vor Ort nach Kärnten, bereiste alle betroffenen Gemeinden, sprach mit Landespolitikern, Bürgermeister, Volksvertretern, Repräsentanten der Heimatverbände usw., mit einem Wort, er führte Gespräche auf Augenhöhe und

schaffte so Vertrauen. Weiters muss Landeshauptmann Dörfler hier genannt werden, der die Stimmung im Lande spürte und sich für eine Lösung einsetzte

Ana Blatnik ist im Bundesrat Bereichs-sprecherin für Frauen und Gleichbehandlung sowie für Menschenrechte, Minderheiten, Volksgruppen und Vertriebene



Parlamentdirektion/WILKE

und diese Position in der FPÖ auch durchsetzte, was nicht einfach war. Nicht ungenannt sollen auch die Minderheitensprecher Dr. Marjan Sturm und Bernard Sadovnik sein, die sich seit Jahren für einen Kompromiss in dieser Frage aussprachen, dem sich dann auch Dr. Valentin Inzko angeschlossen hat.

DSK: Was heißt „Ethnisierung der Politik“?

Blatnik: Ethnische bzw. Volksgruppenfragen sind in einem großen Ausmaß „Bauchfragen“, das heißt, mit vielen Emotionen behaftet. Nur so konnte zum Beispiel die Frage der zweisprachigen Ortstafeln bei Bedarf instrumentalisiert werden. Jörg Haider hat diese Politik über Jahrzehnte für sich und seine Partei erfolgreich betrieben.

DSK: Das Haider'sche Erbe ist nicht einfach.

Blatnik: Die finanzielle Lage des Landes ist katastrophal und ich hoffe, dass die Menschen in Österreich nicht vergessen werden, wohin es führt, wenn Freiheitliche an die Macht kommen.

DSK: Du bist Angehörige der slowenischen Volksgruppe und Mandatarin der SPÖ.

Blatnik: Ich bin Kärntner Slowenin, aber auch Sozialdemokratin, Frau und begeisterte Lehrerin. Ich vertrete das Integrationsmodell, das heißt, dass sich Angehörige der Volksgruppe entsprechend ihrer politischen und weltanschaulichen Überzeugungen in den jeweiligen Parteien engagieren sollten. Volksgruppe allein ist noch kein politisches Programm. Und ich bin stolz darauf, von der SPÖ in den Bundesrat entsandt worden zu sein, wo ich in der zweiten Hälfte 2014 auch den Vorsitz führte. Im Kärntner Landtag ist bei den Grünen auch eine Volksgruppenangehörige – Frau Mag.a Zalka Kuchling – in den Landtag gewählt worden und im Europarat sitzt ebenso eine Volksgruppenangehörige, nämlich Frau Dr. Angelika Mlinar. Das Integrationsmodell setzte sich immer mehr durch.

DSK: Deine Schlussfolgerungen?

Blatnik: Die Lösung der Ortstafelfrage war sehr wichtig, weil ein wesentlicher Punkt des Konflikts in Kärnten nicht mehr zur Emotionalisierung der Bevölkerung missbraucht werden konnte. Dazu kommt, dass Peter Kaiser schon immer eine seriöse und transparente Politik gemacht hat, die die Bevölkerung bei der Wahl 2013 auch goutiert hat. Die Lasten, die Kaiser übernommen hat, sind enorm groß. Nachdem wir die Volksgruppenthemen aus den Medienschlagzeilen entfernen konnten, sind leider nur mehr Hypo-Schlagzeilen gefolgt. Ich hoffe sehr, dass wir auch diese Probleme lösen werden. ■

DSK: Genossin Blatnik, ich danke dir für die interessanten Informationen und Einblicke.



DÖW-Sonderausstellung: Volksgerichtsberichte

Ali Kohlbacher empfiehlt den Besuch der Sonderausstellung „Das Volk sitzt zu Gericht“ – österreichische Nachkriegsjustiz 1945 bis 1948“ im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Viele, vor allem junge Menschen fragen sich, warum 70 Jahre nach der Niederringung des blutigsten Terrorregimes der europäischen Geschichte heute wieder rechtsradikale und neonazistische Bewegungen und Parteien Zulauf haben – und dies nicht nur hierzulande. Sie fragen sich, warum rechtsextremes, fremdenfeindliches und rassistisches Gedankengut nach 1945 überleben konnte und zunehmend Anklang findet. Dafür gibt es viele historische und aktuelle Gründe. Einer dieser Gründe ist in der österreichischen Nachkriegsjustiz und in der Entnazifizierungspraxis zu finden.

Diesem höchst unerfreulichen Umgang mit den Nazi-Verbrechen und ihren Tätern und Helfern durch die Nachkriegsjustiz hat das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eine kleine Sonderausstellung eingeräumt. Im Zentrum stehen die Volksgerichte im Spiegel der Zeitungsberichte.

Grundlage der Volksgerichte zur Verfolgung von NS-Verbrechen und illegaler NS-Mitgliedschaft waren das Verbotsgesetz

und das Kriegsverbrechergesetz. Volksgerichte wurden in Wien, Graz, Linz und Innsbruck eingerichtet. Sie bestanden jeweils aus zwei Berufsrichtern und drei Laienrichtern. Während der Existenz der Volksgerichte 1945 bis 1955 wurden 28.148 Verdächtige angeklagt, aber nur 13.607 verurteilt. Nach 1948 gab es einen steilen Abfall der Anklagen und 1955 (Aufhebung der Volksgerichte nach Abzug der alliierten Besatzungen) gab es nur mehr 1.002 Anklagen und 29 Verurteilungen. Bis Dezember 1955 wurden 43 Angeklagte zum Tod verurteilt, davon 30 hinge richtet und 29 zu lebenslangem Kerker verurteilt. 1956 wurden Geschworenengerichte zur Behandlung von NS-Tätern eingerichtet. Bis 1975 gab es 34 Prozesse für 43 angeklagte Verdächtige. Es kam zu 20 Schuldspürchen und 23 Freisprüchen.

Alein schon die in der Ausstellung präsentierten statistischen Zahlen zeigen, dass mit zunehmendem Abstand zum Kriegsende und zunehmender „Normalisierung“ die Gerichte selbst mit Kriegsverbrechern

Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien



KZ-Verband

und schwer belasteten NS-Mitgliedern auffallend milde umgegangen sind. Schon 1947 setzten ÖVP und SPÖ eine Lockerung der Entnazifizierungsgesetze durch und „Mitläufer“ wurden in die Gesellschaft integriert. 1949 waren viele „Ehemalige“ wieder wahlberechtigt, und die Regierung versuchte, die Volksgerichte abzuschaffen, was am Veto der Alliierten scheiterte. Die Strafverfolgung von NS-Tätern durch Geschworenengerichte wurde wegen der häufigen Freisprüche durch die Geschworenen 1955 faktisch eingestellt. 1957 wurde eine Generalamnestie auch für schwer Belastete erlassen, das Kriegsverbrechergesetz abgeschafft und das Verbotsgesetz gemildert. Aufgrund der Verjährungsbestimmungen des Strafgesetzes konnten ab Mitte der 60er Jahre nur mehr unmittelbar Beteiligte an NS-Morden vor Gericht gestellt werden. Das letzte Urteil wurde am 2. 12. 1975 gefällt.

Wen wundert es angesichts des Umgangs der österreichischen Politik und Justiz mit den „Ehemaligen“, dass NS-Gedankengut so gut überwintern konnte? Das NS-Regime verankerte Chauvinismus, Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit, Führerglaube, Kadavergehorsam, Gewaltbereitschaft und Hass auf Linke bereits in den Kindern und Jugendlichen, in den Soldaten, in vielen Beamten, Richtern, Lehrern und Ärzten. Bald konkurrierten die damaligen Großparteien um die Wählergunst der Ex(?) Nazis und Ehemalige kamen zurück in die Verwaltung, an die Universitäten, Schulen, Gerichte und so weiter. Die österreichische Spielart der Entnazifizierung, die sehr spät einsetzende Auseinandersetzung mit der Mitschuld vieler ÖsterreicherInnen an Nazi-Verbrechen und ein ebenso später Beginn einer demokratisch-antifaschistischen Erziehung an den Schulen trugen dazu bei, dass rechtsextremes und nazistisches Gedankengut heute, in Zeiten großer sozialer Unsicherheit und kapitalistischer Krise, abrufbar ist.

Infos zur Ausstellung

Die Ausstellung kann bis 12. Dezember 2015, Montag bis Mittwoch, Freitag (werktags) 9 bis 17 Uhr, Donnerstag (werktags) 9 bis 19 Uhr bei freiem Eintritt im Dokumentationsarchiv, Altes Rathaus, Wipplingerstr. 6–8, 1010 Wien besucht werden. Zudem gibt es ein hochinteressantes Rahmenprogramm:

8. 9. 2015, 18 Uhr, im DÖW: Vortragsabend von Dr. Winfried Garscha: **Der NS-Prozess gegen**

Universitätsprofessor Jörn Lange und das Nicht-Gedenken der Universität Wien 70 Jahre nach Kriegsende.

26. 10. 2015, Beginn 15 Uhr, im großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts für Strafsachen Wien, 8., Landesgerichtsstr. 11, Eingang: Frankhplatz 1: **Nachstellung des 1. Engerau-Prozesses und historische Kontextualisierung.**

In der Sonderschau werden von den Volksgerichtsprozessen exemplarisch, der „Engerau-Prozess“ (der erste Volksgerichtsprozess vom 14. bis 17. 8. 1945), der „Stein-Prozess“ (1946), der „Guido-Schmidt-Prozess“ und der Prozess gegen Prof. Jörn Lange im Spiegel der Berichterstattung in den österreichischen Zeitungen dargestellt. ■

Irma Schwager (1920–2015)

Irma Schwager bei einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag im DÖW, 2011

Die kommunistische Widerstandskämpferin und Zeitzeugin Irma Schwager starb am 22. Juni 2015 im Alter von 95 Jahren.

Irma Schwager, geb. Wieselberg, wuchs in Wien-Leopoldstadt auf. Aufgrund ihrer jüdischen Herkunft musste sie nach dem „Anschluss“ 1938 Österreich verlassen. Die Flucht führte sie zunächst nach Belgien und nach der Besetzung Belgiens durch deutsche Truppen im Mai 1940 weiter nach Frankreich, wo sie interniert wurde. Irma Schwager schloss sich im Internierungslager Gurs österreichischen KommunistInnen an und war später in der TA (Travail anti-allemand bzw. Travail allemand), einer von KPÖ und KPD in der französischen Résistance aufgebauten Sektion, im besetzten Paris tätig. Sie war eine jener jungen Kommunistinnen, die im Rahmen der „Mädellarbeit“ (auch Soldatenarbeit genannt) versuchten, Kontakt zu österreichi-

schen und deutschen Soldaten aufzubauen. Letztere sollten im antinazistischen Sinn beeinflusst werden, um sie zur Weitergabe von Propagandamaterial oder zur Desertion zu bewegen. Die riskante Arbeit war für die jungen Frauen, die ihre deutschen Sprachkenntnisse oft mit einem deutschen Elternteil erklärten, eine Gratwanderung:

„In der Metro, beim Einkaufen in Warenhäusern, in den Banlieus (den Vororten von Paris), wo die Kasernen waren, haben wir uns in die Gespräche eingemischt oder beim Einkaufen den Soldaten ‚geholfen‘. Die scheelen Blicke und manchmal in der Metro auch die Stupsen von Franzosen, die uns für Soldatenliebchen hielten, waren unangenehm, aber gleichzeitig ein bewuss-

tes Widerstandszeichen gegen die Besatzungsmacht, was uns gefreut hat“ (Irma Schwager, „Mädellarbeit“ in Frankreich: Im Kampf um Österreichs Freiheit, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 1/1995).

Nur knapp entging Irma Schwager der Verhaftung; gemeinsam mit ihrem Mann Zalel Schwager (1909–1984), einem ehemaligen Spanienkämpfer und ebenfalls in der Résistance aktiv, konnte sie untertauchen. Nach der Befreiung von Paris im August 1944 reiste sie nach Belgien und war dort am Aufbau der Österreichischen Freiheitsfront beteiligt.

Irma Schwager kehrte im Frühsommer 1945 nach Österreich zurück; ihre Eltern und ihre beiden Brüder waren der Shoah



doew.at/Walter Flipp, Wien

zum Opfer gefallen. Schwager engagierte sich von Beginn an in der KPÖ, ab 1953 gehörte sie dem Zentralkomitee und 1980 bis 1990 dem politischen Büro der KPÖ an, 2011 wurde sie zur Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt. Besonders am Herzen lagen ihr als langjähriger Vorsitzenden des Bundes demokratischer Frauen der Kampf für Frauenrechte und für Frieden sowie die antifaschistische Aufklärungsarbeit. Irma Schwager blieb bis ins hohe Alter politisch aktiv, so trat sie noch im Jänner 2015 bei der Gedenkveranstaltung anlässlich der Befreiung des KZ Auschwitz am Wiener Heldenplatz als Rednerin auf. Bis zuletzt war sie im Vorstand der Alfred Klahr Gesellschaft vertreten. ■

Ludwig Steiner (1922–2015)

Mit dem Tiroler Widerstandskämpfer und ÖVP-Politiker Ludwig Steiner ist am 28. Juni 2015 ein großer Österreicher gestorben.

Der am 14. April 1922 in Innsbruck geborene Ludwig Steiner wurde früh durch das christlichsoziale Umfeld, in dem er aufwuchs, politisch geprägt. Um der Hitlerjugend (HJ) zu entgehen, gründete Steiner im März 1938 mit Freunden aus der Katholischen Jugend und der Pfadfinder-Bewegung eine Jugendbergwacht. Steiners Vater, ein ehemaliger christlichsozialer Gemeinderat, wurde im September 1939 verhaftet und blieb bis Herbst 1940 u. a. in den KZ Sachsenhausen und Dachau in Haft. Auch Ludwig Steiner wurde einige Male von der Gestapo Innsbruck vorgeladen. Im Oktober 1941 musste Steiner zur Deut-



Ludwig Steiner bei der Jahresversammlung des DÖW, 2011

schon Wehrmacht einrücken. Nach einer Verwundung 1943 kam er zum Gebirgsjäger-Ersatz-Bataillon 136 nach Innsbruck. Mit Kontakten zu den Brüdern Otto und Fritz Molden begann 1944 die Zusammenarbeit mit der Widerstandsorganisation O5. 1945 traf Ludwig Steiner

den späteren Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber, den Leiter der sich aus verschiedenen Kreisen formierenden Tiroler Widerstandsbewegung. 1945 war Ludwig Steiner maßgeblich an der Befreiung Innsbrucks noch vor dem Eintreffen der Amerikaner beteiligt.

Nach Kriegsende begann Steiner an der Universität Innsbruck das Studium der Volkswirtschaftslehre, das er 1948 abschloss. Anschließend trat er in den diplomatischen Dienst ein und nahm u. a. als Sekretär des Bundeskanzlers Julius Raab an den Verhandlungen im April 1955 in Moskau teil, die zum Abschluss des österreichischen Staatsvertrags im Mai 1955 führten. 1961 bis 1964 war Ludwig Steiner Staatssekretär im Außenministerium, 1964 bis 1972 österreichischer Botschafter in Griechenland und Zypern und

ab 1972 Leiter der Politischen Sektion des Außenministeriums. 1979 bis 1990 war er als Nationalratsabgeordneter und außenpolitischer Sprecher der ÖVP tätig. Außerdem war er von 1989 bis 1996 Präsident der Politischen Akademie der ÖVP. Von Dezember 2000 bis 2005 leitete Ludwig Steiner den Österreichischen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds) zur Entschädigung ehemaliger NS-ZwangsarbeiterInnen. Für seine zahlreichen Verdienste wurde Ludwig Steiner u. a. mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen der Republik Österreich, dem Ehrenzeichen des Landes Tirol und dem Verdienstorden des Landes Südtirol ausgezeichnet. Die Trauerfeier für Ludwig Steiner fand am 22. Juli 2015 in der Friedhofskirche zum Heiligen Karl Borromäus auf dem Wiener Zentralfriedhof statt. ■



SS-Verherrlichung in Lettland

Seit 1998 marschieren jährlich am 16. März in Riga, der Hauptstadt des NATO- und EU-Mitgliedslandes Lettland, ehemalige Angehörige der lettischen SS-Bataillone (Lettische Legion) sowie Verwandte und Sympathisanten, um ihre gefallenen Kameraden als Helden zu ehren.

Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der TeilnehmerInnen. Zuletzt marschierten 2.500, darunter auch lettische Politiker, die damit jenen ihre Hochachtung zollten, die an der Seite Nazideutschlands am verbrecherischen Hitlerkrieg teilgenommen hatten. Alarmierend ist auch, dass die Aufmärsche von den Behörden geduldet werden. Der lettische Ministerpräsident erklärte den Medien beschwichtigend, dass er dem 16. März keine „spezielle Bedeutung“ beimesse. Der sogenannte „Legionärstag“ würde lediglich von den Radikalen beider Seiten, den Rechten und Linken, zur gegenseitigen Konfrontation genutzt.

1939 schloss Nazideutschland mit Lettland einen Nichtangriffspakt. Wenige Monate später unterzeichneten Deutschland und die Sowjetunion den „Hitler-Stalin-Pakt“ (Nichtangriffspakt). In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde die Aufteilung Polens und Ostmitteleuropas beschlossen. Dabei erklärte Deutschland, dass unter anderem Estland und Lettland außerhalb seiner Interessensphäre liegen würden. Daraufhin besetzte die Sowjetunion am 22.6.1940 unter Verletzung internationalen Rechts Lettland.

1941, ein Jahr später, überfiel Nazideutschland in Blitzkriegmanier die Sowjetunion. Lettland geriet bis 1944 unter deutsche Besatzung. Nach der Niederlage der 6. Armee in Stalingrad beschloss die Naziführung am 10.2.1943, entgegen den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, 115.000 junge Männer in Lettland als SS-Legionäre zu rekrutieren. Etwa 10 bis 20 Prozent der Legionäre

waren Freiwillige. Die Lügenpropaganda der Nazis stellte den Letten nach dem Sieg über die Sowjetunion die Errichtung eines eigenen, selbstständigen Staates in Aussicht. Etwa 30.000 fielen in den Kämpfen gegen die Rote Armee. Die Legionärsbataillone in SS-Uniform unterstanden deutschem Kommando und deutschen Offi-

Standortappell der Einheiten der lettischen Freiwilligen-SS-Legion anlässlich des lettischen Nationalfeiertages (18.11.1943)



zieren. Im Verlauf des Krieges rekrutierten die Nazis in Lettland und in den besetzten Teilen der Sowjetunion nochmals massiv junge Männer, steckten sie in 49 SS-Polizeibataillone (42 lettische und sieben russische) und gliederte sie in die lettischen SS-Legionärsverbände ein. Eingesetzt wurden die Bataillone mitunter zur Partisanenbekämpfung in Weißrussland, in Konzentrationslagern, in den Ghettos von Riga und Warschau sowie zur Exekution von Juden in Rumbula in der Nähe von Riga.

Wir Freiheitskämpfer/innen haben uns mit anderen AntifaschistInnen über Jahre hinweg dafür eingesetzt, dass etwa die vom ehemaligen Landeshauptmann Jörg Haider, dem Kärntner Heimatdienst und dem Kärntner Kameradschaftsbund am Ulrichsberg inszenierten Gedenkveranstaltungen, die Teilnahme ehemaliger SS-Angehöriger auch aus anderen Ländern an solchen sowie Ehrenbezeugungen für gefallene SS-Angehörige unterbunden werden. Mit großer Besorgnis stellen wir fest, dass heute, 70

wurf ausgesetzt, Geburtshelferin und Schutzpatronin der faschistoiden Jobbik-Partei zu sein. Im NATO- und EU-Mitgliedsland Lettland duldet die Regierung die jährlichen Aufmärsche der ehemaligen lettischen SS-Legionäre, und in Österreich fordern Strache und die FPÖ die Abschaffung des Verbotsgesetzes. Deutsche AntifaschistInnen beneiden uns österreichische DemokratInnen um diese rechtliche Handhabe gegen nazistische Wiederbetätigung. Wir wissen, warum die FPÖ die-

Jahre nach dem Ende des mörderischen Naziregimes, rechtsradikale Bewegungen und Parteien Zulauf haben, in denen faschistisches und nazistisches Gedankengut angesiedelt ist.

Europaweit nehmen antisemitische, rassistische und fremdenfeindliche Anfeindungen und Gewaltakte zu. Häufig reagiert die Politik auf diese gefährliche Entwicklung nur zögerlich, populistisch oder gar nicht. In Ungarn ist die bürgerliche Regierung von Viktor Orbán dem berechtigten Vor-

ses Gesetz fürchtet und daher beseitigen will. Immer wieder wird ein FPÖ-Funktionär dabei ertappt, wenn ihm ein „brauner Sager“ aus dem Mund rutscht. Wir wissen, dass das Verbotsgesetz eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Waffe gegen die neonazistische Vergiftung und Unterwanderung unserer Gesellschaft ist. Im Lichte der aktuellen rechtsradikalen und neonazistischen Vorkommnisse in Österreich fordern wir wiederholt die konsequente Anwendung des Gesetzes.

Ali Kohlbacher

41 Tage

Am 29. März 1945 überquerte die Rote Armee die Grenzen des „Dritten Reiches“ im Burgenland. Bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 begann für 41 Tage eine Phase, in der das nationalsozialistische System sein Gewaltpotenzial noch einmal exzessiv intensivierte. Diese Zeitspanne wird in der Geschichtswissenschaft als „Endphasenverbrechen“ eingeordnet und als Fachgebiet erst seit kurzem untersucht.

Diese Phase intensiverer Gewalt folgte der Logik der heranahenden Front, so die Historikerin Heidemarie Uhl von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Ihr fielen rund 30.000 Menschen in der „Ostmark“ zum Opfer. Das Naziregime ordnete eine „Politik der verbrannten Erde“ („Nerobefehl“ Hitlers) an. Obwohl die Tage des NS-Systems gezählt waren, standen Gräueltaten gegen Jüdinnen und Juden, Roma, Sinti, Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen und RegimegegnerInnen auf der Tagesordnung. Rund

An zwei Schauplätzen in Wien, dem Heldenplatz und dem Äußeren Burgtor, zeigte die Ausstellung zum Kriegsende 1945 in Österreich die Verdichtung der Gewalt in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs. Von 12. Oktober bis 6. November ist sie nun in Graz zu sehen.

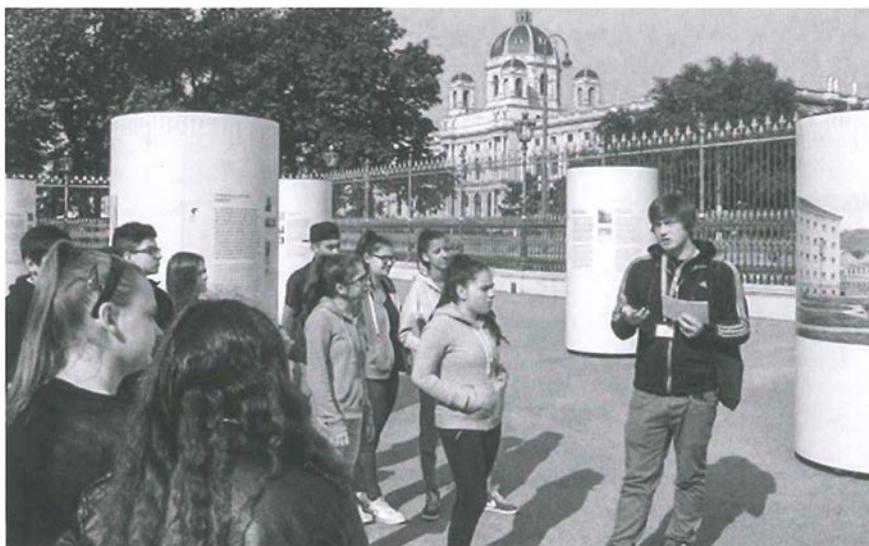
23.000 Menschen, KZ-Häftlinge, starben auf den sogenannten Todesmärschen. Aber auch die Erschießung von Desertierenden, sogenannte Fliegerlynchjustiz und die Ermordung von Menschen, die Widerstand leisteten, zählten zu den Bruta-

An zwei Schauplätzen zeigte die Ausstellung in Wien die Verdichtung der Gewalt in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs in Österreich: am Heldenplatz und dem Äußeren Burgtor. Die Ausstellung offenbarte, dass diese Grau-

über den Opfern zu wahren. Mit zu den ersten Opfern zählten in den Todesmärschen ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen, die von den Schanzarbeiten des „Südostwalls“ nach Mauthausen getrieben wurden.

Im Äußeren Burgtor, der Krypta, befand sich der zweite Teil der Ausstellung. „Wien 1945 – Großstadt im Krieg“ thematisierte die Bombenangriffe der Alliierten, die Straßenkämpfe zwischen den deutschen Truppen und der Roten Armee, die prekäre Lage der Bevölkerung sowie den zivilen

Ungehorsam gegen die NS-Durchhalteparolen. In 41 Momentaufnahmen wird die Ambivalenz der individuellen Erfahrungen und Wahrnehmungen von historischen Persönlichkeiten und ZeitzeugInnen aus ganz Österreich verdeutlicht. Klingende Namen legen Zeugnis ab: von Adolf Schärf über Leopold Figl, Bruno Kreisky, Kardinal König, Thomas Bernhard und Peter Alexander bis zu Franz Theodor Csokor.



erinnern.at ist für das Vermittlungsprogramm für Schulklassen zuständig und bot Führungen an

litäten und Grausamkeiten des NS-Regimes in seinen letzten Zügen.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft folgte jahrelanges, kollektives Schweigen. Erst viele Jahrzehnte später hat die Forschung diese Gräueltaten als Forschungsfeld entdeckt. Im Übrigen: Nur wenige der TäterInnen, die aus verschiedensten Motiven gehandelt haben, so beispielsweise Hitlerjungen, aber auch Menschen, die aus Krankheit oder Alter nicht in die Wehrmacht eingezogen wurden, sind tatsächlich hart bestraft worden. Viele von ihnen wurden auf Grund der bald einsetzenden Amnestien schnell wieder freigelassen.

samkeiten nicht chaotische Einzelereignisse, sondern mit System begangene Repressalien waren, um die Eroberung und Befreiung durch die alliierten Truppen zu verzögern.

Am Heldenplatz veranschaulichten zwölf ausgewählte Orte, die von Stefan Oláh fotografiert wurden, Gewaltverbrechen des NS-Regimes. Diese zwölf Litfaßsäulen standen repräsentativ für in etwa 100 Orte in Österreich, in denen sich in der Endphase des Krieges unglaubliche Grausamkeiten ereigneten. Die historischen Bilder sind in Farbe gehalten, aber nicht plakativ vergrößert worden, um die Pietät gegen-

Die Ausstellung wurde am 16. April 2015 von Bundespräsident Heinz Fischer, der auch den Ehrenschutz übernahm, und Kulturminister Josef Ostermayer eröffnet und war bis 3. Juli 2015 in Wien zu sehen. Diese Ausstellung eignet sich sehr gut für den Schulunterricht. LehrerInnen sind daher besonders eingeladen, diese Ausstellung in den Unterricht aufzunehmen. In einer Aussendung von SP-Kulturstadtrat Mailath-Pokorny betonte dieser, wohin Hass und Extremismus führen würden. Demokratie und Meinungsfreiheit müssen gegen rechtsextreme und -populistische Strömungen verteidigt werden.

Claus Michl-Atzmüller ■



Die unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Heinz Fischer stehende Ausstellung wird von einer Reihe von ExpertInnen-Gesprächen begleitet



Mahnmal für WiderstandskämpferInnen

Mehr als eine Umgestaltung eines Platzes, mehr als die Benennung eines Parks fand am 15. September in Hernals bei der Station der S45 statt.

Im Mittelpunkt dieser gelungenen und bestens organisierten Veranstaltung stand ein Mahnmal. Dieses erinnert uns und nachfolgende Generationen im neu gestalteten „Park der Freiheit“ an die vielen Menschen aus Hernals, welche – jeder auf seine oder ihre Art – gegen Faschismen aller Art gekämpft haben. Viele dieser tapferen großartigen Menschen verloren durch ihre Widerstandshandlungen ihre Existenz, viel zu viele auch ihr Leben.

Maria Anwander und Ruben Aubrecht schufen ein zeitloses Mahnmal, dessen wech-

selnde Laufschrift auf dem Buch „Verfolgung, Widerstand und Freiheitskampf in Hernals 1934 bis 1945“ von Peter Ulrich Lehner, erschienen im Mandelbaum Verlag, basiert.

Für uns alle war es eine besondere Freude, neben den Künstlern und dem Autor auch viele Persönlichkeiten aus der Wiener Stadtregierung, aus dem Bezirk und mit Richard Wadani auch einen der letzten überlebenden Deserteure des Nazi-Regimes bei der Enthüllung begrüßen zu dürfen.

Mein ganz persönlicher Dank geht an die SPÖ Hernals und besonders an Werner Sogl, ohne dessen unermüdliches akribisches Engagement manches viel schwieriger wäre. **Petra Doppermann** ■



Daniel Novotny

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Petra Doppermann, Kira Höfenstock, Ali Kohlbacher, Harald Ludwig, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Wolfgang Neugebauer, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Heinz Weiss.

Grafische Gestaltung: Walter Zivny.

Lektorat: Julia Gartner, Susanne Hartmann, Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. September 2015.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30. November 2015.

Fritz Karl Kurz
Sie sind noch immer unter uns!

aus: widerstand und freiheitskampf (S. 235)

*Sie sind noch immer unter uns,
die Kleinen und die Großen.
Sie sind schon wieder alle da,
und üben Aufmarsch mit Trara,
damit wir uns daran stoßen.*

*Sie sind noch immer unter uns,
die Helden jener Zeiten.
Sie sind schon wieder alle braun,
und machen überall Kadaun,
damit wir sie begleiten.*

*Sie sind noch immer unter uns,
die alten Kameraden.
Sie stehen schon wieder alle stramm,
und manchem schwillt sogar der Kamm,
für neue Heldentaten.*

*Sie sind noch immer unter uns,
getarnt in den Vereinen.
Sie sind schon wieder sehr agil,
und schreien alle viel zu viel,
die Großen und die Kleinen.*

Peter Ulrich Lehner (Hg.): „widerstand und freiheitskampf. lyrische beiträge des 20. jahrhunderts aus österreich“; Mandelbaum Verlag 2010, 400 Seiten; ISBN: 978-385476-359-8; € 19.90

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at

Produktionsleitung: VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M